

UNIVERSITÄT TRIER

ZENTRUM FÜR OSTASIEN-PAZIFIK-STUDIEN
CENTER FOR EAST ASIAN AND PACIFIC STUDIES

東 亞 太 平 洋 研 究 中 心
東アジア・環太平洋地域研究センター

ZOPS-Occasional Paper No. 11

**Die Krisen auf der koreanischen Halbinsel.
Wirtschaftliche und politische Auswirkungen**

Sebastian Harnisch, M. A.



Trier, Mai 1998

ZOPS-Occasional Paper No. 11

Die Krisen auf der koreanischen Halbinsel. Wirtschaftliche und politische Auswirkungen

Sebastian Harnisch, M.A.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	1
2. DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRISE NORDKOREAS	3
2.1 Die ökonomische Krise Nordkoreas	4
2.2. Die Krise des politischen Systems.....	6
3. DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE KRISE IN SÜDKOREA.....	9
3.1. Die Finanz- und Wirtschaftskrise Südkoreas.....	9
3.2. Das Krisenpotential des politischen Systems.....	22
4. DIE KRISEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE INNER-KOREANISCHEN BEZIEHUNGEN	30
5. PERSPEKTIVEN EINER KOREANISCHEN WIEDERVEREINIGUNG BIS ZUM JAHR 2000.....	43
6. LITERATUR.....	47

1. Einleitung

Nach Jahrzehnten des ungebrochenen Wirtschaftswachstums haben Ost- und Südostasien 1997 einen wirtschaftlichen Schock ungeahnten Ausmaßes erlebt. Die bisher üppigen Wachstumsraten von 7% und mehr sind einer Stagnation oder gar Abnahme des Wachstums gewichen. Gleichzeitig hat die Wirtschafts- und Finanzkrise die überwiegende Mehrheit der Analytiker, Unternehmer und politisch Verantwortlichen überrascht und die Frage nach der Erklärungs- und Prognosefähigkeit für die tiefgehenden Strukturveränderungen in der Region aufgeworfen. Für die Kritiker ist die „asiatische Krise“¹ nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 und der Mexikokrise 1994 das dritte Indiz, für eine zunehmende Hilflosigkeit von Praktikern und Politikwissenschaftlern, gesellschaftliche Umbrüche frühzeitig zu erkennen und deren Auswirkungen durch Präventionsmaßnahmen zu lindern.² Für die Verteidiger erscheint die Krise nicht weniger schwerwiegend, doch hegen sie gemeinsam den Zweifel derlei lasse sich voraussagen oder gar verhindern.

Jenseits der wissenschaftlichen Kontroverse, um die rechte Erklärung und die politische Verantwortung, hat die Finanzkrise in den betroffenen Ländern zu sozialen, ethnischen und politischen Spannungen geführt, die in vielen Fällen bereits zu einem Umbruch in den politischen Strukturen geführt hat. Die Krise des Suharto-Regimes in Indonesien ist dafür nur das prominenteste Beispiel.³ Die vorliegende Studie befaßt sich vor diesem Hintergrund mit den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Südkorea und der anhaltenden Strukturkrise des nordkoreanischen kommunistischen Systems auf den innerkoreanischen Dialog. Sie geht dabei folgenden Fragestellungen nach:

- 1) Wie läßt sich die politische und wirtschaftliche Krise in Nordkorea erklären?
- 2) Gibt es eine wirtschaftliche und politische Krise in Südkorea, wenn ja, wie läßt sich diese erklären?
- 3) In welchem Verhältnis stehen die Krisen der beiden koreanischen Staaten zur Entwicklung der innerkoreanischen Beziehungen? Welche Zukunftsszenarien lassen sich für eine koreanische Wiedervereinigung denken?

¹ Ob und inwiefern es 'eine asiatische Krise' gibt, kann hier weiter ausgeführt werden. Für eine erste Auseinandersetzung mit diesem Thema: Machetzki 1998.

² Vgl. bspw. Carl Gewirtz, „Major EU Banks Missed Asia Warning, Study Says“, in: International Herald Tribune, 25.05. 1998.

³ Vgl. Nicholas D. Kristof, „Financial Crisis Reshaping Asian Politics, Too“, in: International Herald Tribune, 20.05. 1998; Kevin Sullivan, „Asia's Changing Landscape: 'There's No Turning Back' on Democracy“, in: International Herald Tribune, 22.05. 1998; Alan Dupont, „Demise of Suharto Is Part of a Regional Trend“, in: International Herald Tribune, 25.05. 1998.

Neben der Fragestellung hat jeder Forschende auch ein theoretisches Vorverständnis mit dem der Untersuchungsgegenstand betrachtet wird. Die Prämissen dieser Studie lauten: je demokratischer und marktwirtschaftlicher die internen Strukturen der beiden Koreas, desto eher werden die jeweiligen Krisen überwunden und desto friedlicher wird sich das innerkoreanische Verhältnis entwickeln. Diese Annahme muß jedoch dahingehend relativiert werden, daß Staaten, die sich noch im Demokratisierungsprozeß befinden, nicht zwangsläufig friedfertiger gegenüber anderen demokratischen Staaten sein müssen.⁴

⁴ Vgl. zur Diskussion um den „demokratischen Frieden“: Schmidt 1997: 359-361; Czempiel 1996.

2. Die politische und wirtschaftliche Krise Nordkoreas

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird das Ausmaß der politischen und ökonomischen Krise Nordkoreas unterschiedlich bewertet. Drei Interpretationsansätze lassen sich unterscheiden: a) die Kollapstheorie; b) der "muddle-through-Ansatz" und die "status-quo"-Theorie.⁵ Keiner dieser Ansätze bestreitet die Existenz einer Krise, wenn auch der Status-quo-Ansatz diese allein auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt sieht. Er schätzt die Fähigkeiten des Regimes, die derzeitigen Probleme zu überkommen, als hoch ein, und sieht in voraussehbarer Zukunft keine grundlegende Veränderung des politischen Systems. Der "Muddling-through"-Ansatz charakterisiert die derzeitige Situation als soziale und ökonomische Krise, wobei das amtierende Regime durch eine Reihe unterschiedlicher Politikinstrumente letztlich in der Lage sein wird, die Schwierigkeiten zu bewältigen (Noland 1997: 110). Schließlich geht der Kollaps-Ansatz davon aus, daß das bisherige Regime nicht in der Lage sein wird, die schweren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, und es daher zu einem Regimezusammenbruch bzw. einer Transformation kommen werde.

Auch aus nordkoreanischer Perspektive befindet sich das Land in einer schweren Krisensituation, die allgemein als abnehmende Fähigkeit zur Problemlösung und Bevorstehen eines Regimeumbruchs bezeichnet werden kann (Martins 1986: 73). In einer Rede im April 1997 bezeichnete Kim Jong-Il die Situation in Nordkorea aufgrund der Nahrungsmittelknappheit als anarchisch.⁶ Staatliche Medien berichteten über "unsurmountable barriers and obstacles in the process of socialism construction".⁷ In Washington wird die Situation im Norden der koreanischen Halbinsel nach dem Abschluß des "Agreed Framework" mit zunehmender Skepsis betrachtet. Die Euphorie über einen baldigen Zusammenbruch im Oktober 1994 ist einer spürbaren Ernüchterung bezüglich des Verlaufs und der Folgen eines Regimekollaps für die Sicherheitslage auf der Halbinsel und in der Region gewichen (Niksich 1996: 2-5). Im Dezember 1996 sagte der damalige CIA-Direktor John Deutch vor dem Geheimdienstausschuß des Senats aus:

"Either it's going ... to invade the South over one issue or another and another war will break out. Or it will collapse internally or implode because of the incredible economic problems that the country faces. Or, third, it will over time lead to some peaceful resolution and reunification with the South... How that proceeds between the three directions will be resolved in the next two or three years."⁸

⁵ Vgl. hierzu Noland 1997; Kim, K. H. 1997; Chung/Lee 1997: 3ff.

⁶ Vgl. Kim Jong-Il, „Because of Food Shortage, now North Korea is in the situation of Anarchy“, in: Monthly Chosun (April 1997), S. 308.

⁷ Vgl. Rodong Shinmun, 01.01. 1996.

⁸ Reuters, "CIA Chief Says N. Korea Future Clear Within 3 Years", 11.12. 1996.

2.1 Die ökonomische Krise Nordkoreas

Die nordkoreanische Wirtschaft befindet sich nach Auffassung nahezu aller internationalen Beobachter in einer desolaten Situation. Zusätzlich zu den strukturellen Problemen einer kommunistischen Kommandowirtschaft hatte das Land mehrere verheerende Flutkatastrophen zu bewältigen. Bei schweren Regenfällen im Juli/August 1995 kamen mindestens 68 Menschen ums Leben, in 12 Provinzen mit mehr als 5 Mio. Einwohnern wurden nach Berechnungen der Vereinten Nationen Schäden im Umfang von 15 US\$ Mrd. verursacht (Pohl 1996). Der Verlust an Ackerfläche, der Mangel an Pestiziden und Kunstdünger führten zu einer extremen Nahrungsmittelknappheit (Oh 1996: 3), die zwar im Verlauf des Jahres 1997 durch massive Hilfslieferungen aus dem Ausland eingedämmt werden konnten, aber bereits im Frühjahr 1998 erneut auftraten.⁹ Zusätzlich belastet das sehr hohe nordkoreanische Verteidigungsbudget - Schätzungen gehen von ca. 25-30 % des Bruttosozialprodukts - den Staatshaushalt (Eberstadt 1997: 154-158; Von Bredow et al. 1997: 115).

Tabelle 1: Unterschiedliche Einschätzungen der nordkoreanischen Ernährungssituation (in 10.000 t)¹⁰

	<i>Nordkorea</i>	<i>FAO/WFP</i>	<i>UN USG Akashi</i>	<i>Südkorea</i>
Gesamtproduktion	250 (200)	287.4	220	369
Gesamtverbrauch	784 (627)	496.6	440	570
Defizit	534 (427)	193.4	220	201
Einsparungen	-	-	100	100
Nettodefizit			110	101

⁹ Die internationale Nahrungsmittelhilfe an den Norden hat seit 1995 mehrere Konjunkturen erfahren. Nach der Flutkatastrophe 1995 wurden vom World Food Program, Südkorea, Japan, der Volksrepublik China, Österreich, Dänemark und der Bundesrepublik private und öffentliche Hilfsgüterlieferungen gestartet, vgl. „Bonn beteiligt sich an Nordkorea-Hilfe“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05. 1997; Pohl 1996, S. 232. Im Oktober 1995 wurde die südkoreanische Hilfe für 1996 aufgrund verschiedener nordkoreanischer Militäraktivitäten an der Grenze und der Kaperung eines südkoreanischen Hilfsgüterschiffes im August 1995 eingestellt, vgl. „North Korea Frees Freighter and Crew From South“, in: International Herald Tribune, 14.08. 1995; Nicholas D. Kristof, „Seoul Rules Out More Steps To Reconcile With North“, in: International Herald Tribune, 16.10. 1995, für die Situation im Frühjahr 1998: „World Food Program Emergency Report No. 15 of 1998“, in: <http://www.notes.reliefweb.int/We...9c4c12565e8002ccde5e?Opendocument> geladen am 17.04. 1998.

¹⁰ Daten entnommen aus KINU o. J. : 3.

Die nordkoreanische Wirtschaftstätigkeit hat seit 1990 stetig abgenommen. Das Bruttosozialprodukt, die Im- und Exporte sind zurückgegangen während die Auslandsverschuldung und die Staatsausgaben über die letzten sieben Jahre anwuchsen. Die verarbeitende Industrie, insbesondere die Bauwirtschaft hat schwere Produktionseinbrüche zu verzeichnen. Trotz einer Produktionssteigerung der Kohleförderung auf 43,3 Mio. t im Jahre 1994 ist die Energieversorgung von Bevölkerung und Industrie weiter rückläufig. Ursache ist der Rückgang der nordkoreanischen Ölimporte aus China, die aufgrund mangelnder Devisenreserven und steigender chinesischer Preise rückläufig sind. Auch die Lieferung von 150.000 t (1995) und 500.000 t (1996) Schweröl durch KEDO im Rahmen der Implementierung des nordkoreanisch-amerikanischen Nuklearabkommens hat die Energieknappheit nicht lindern können.¹¹

Tabelle 2: Nordkoreas Wirtschaftstätigkeit 1990-1996 (in 100 Mil. US-\$)¹²

<i>Indikator/Jahr</i>	<i>1990</i>	<i>1991</i>	<i>1992</i>	<i>1993</i>	<i>1994</i>	<i>1995</i>	<i>1996</i>
BSP	231	229	211	205	212	223	214
Import	18.2	16.4	15.7	15.4	12.7	13.1	12.5
Export	12.7	9.4	9.3	9.4	8.4	7.4	7.3
Handelsvol.	30.9	25.2	25.0	24.8	21.1	20.5	19.8
Nord-Süd-Handel	0.135	1.11	1.73	1.87	2.0	2.9	2.5
Auslandsverschuldung	78.6	92.8	97.2	103.2	-	118.3	120.0
Staatsausgaben	172	171.7	184.5	187.2	188.8	-	-
BSP-Wachstum	-3.7	-5.2	-7.6	-4.3	-1.7	-4.5	-3.7

Für das Jahr 1998 sieht sich die nordkoreanische Bevölkerung deshalb mit einer in doppelter Hinsicht kritischen wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Zum einen hat die Desintegration des sozialistischen Lagers seit Anfang der 1990er zu einer strukturellen Krise aller Wirtschaftsbereiche durch Einbußen im Außenhandel und der Energieversorgung geführt. So wirkten sich Rückgänge bei der Rohöleinfuhr direkt auf Produktionsdefizite bei chemischen Gütern aus, die wiederum zu einem Mangel in der Dünger- und Nahrungsmittelproduktion

¹¹ Vgl. Kim, W.G. 1996; für einen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Energieproblems in Nordkorea: Van Hippel/Hayes 1996.

¹² Daten entnommen aus Bank of Korea. Estimate of the North Korean GNP, respektive Jahrgänge.

fürten (Lee 1997: 9). Die angespannte Nahrungsmittelsituation wurde durch die Unwetter lediglich verschlimmert, jedoch nicht hervorgerufen. Zum anderen kommt für die Bevölkerung erschwerend hinzu, daß das politische System aufgrund seines starren ideologischen Systems der Autarkie (juche) eine Öffnung des Landes, selbst für die lebensnotwendige Nahrungsmittelhilfe weiterhin von Konditionen abhängig macht. Ansätze einer Öffnung der Wirtschaft nach chinesischem Model, wie sie in der grenznahen Rajin-Sunbong Freihandelszone vorgenommen worden sind, haben bisher nicht die erwünschten ausländischen Direktinvestitionen gebracht. Aufgrund der schlechten Infrastrukturbedingungen und der unsicheren politischen Situation dürften die Direktinvestitionen auch in absehbarer Zukunft begrenzt bleiben.¹³

Die nordkoreanische Gesellschaft reagiert auf das Anpassungsversagen des politischen Systems mit dem Aufbau alternativer Wirtschaftsstrukturen, i.e. einem Schwarzmarkt, und dem Nachlassen der Arbeitsmoral in den Kollektiven (Kim, S. C. 1997: 7). Trotz der Schwere der Krise ist ein grundlegender Wandel der nordkoreanischen Wirtschaftsstruktur, der zunächst eine Reform des Agrarsektors und der staatseigenen Betriebe erforderte, wegen der befürchteten politischen Rückwirkung weiterhin nicht in Sicht.¹⁴

2.2. Die Krise des politischen Systems

Drei Jahre nach dem Tod des Großen Führers Kim Il-Sung hat sein Sohn und dynastischer Nachfolger Kim Jong-Il mit der Übernahme der wichtigsten Partei- und Regierungsämter am 10. Oktober 1997 pro forma die politische Kontrolle über das autoritäre System übernommen.¹⁵ Gleichzeitig zeigt sich immer deutlicher, daß die politische Führung die große Anzahl innen- und außenpolitischer Schocks in den letzten Jahren bisher nicht verdaut hat und von einer Konsolidierung der Herrschaft Kim Jong-ils nicht ausgegangen werden kann.

Nach dem Tod des charismatischen Führers Kim Il-Sung, dessen Herrschaft vor allem von seinem Ruhm aus dem Kampf gegen die Kolonialmacht Japan gespeist wurde, ist die politische Führung des Landes in eine tiefe Legitimitätskrise geraten. Diese konnte bisher nicht

¹³ Vgl. Satterwhite 1997, S. 16f; Satterswhite 1998, S. 16f.; Andrew Pollack, „North Korea Opens a Window to the West“, in: International Herald Tribune, 20.09. 1996; zur abnehmende Spendenfreudigkeit der (nord)koreanischen Gemeinde in Japan: Shim Jae Hoon, „Disillusioned Donors“, in: Far Eastern Economic Review, 04.12. 1997, S. 28-30.

¹⁴ Vgl. zur Frage der Agrarreform: Dong-eon Hwang 1997: North Korea's Agricultural Reform and Inter-Korean Cooperation, in: Korea Focus 5(1997) 4, S. 39-50; zur Reform der Gesamtwirtschaft: Jordan/Ku 1998: 36f.

¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt übernahm Kim Jong-Il das Amt des Generalsekretärs der nordkoreanischen Arbeiterpartei und des höchsten Führers Nordkoreas während die Position des Staatspräsident vorerst unbesetzt blieb, vgl. "Kim Jong-il's Formal Ascent to Power, Editorial“, Dong-A Ilbo, 10.10. 1997 abgedruckt in Korea Focus 5(1997) 5, S. 97f.

überwunden werden. Während der Trauerperiode (1994-1997) stützte sich Kim Jong-Il bei der Regierung des Landes vor allem auf seine Positionen als Oberkommandierender der nordkoreanischen Streitkräfte und Vorsitzender der Verteidigungskommission. Das offensichtliche Fehlen des revolutionären Charismas des Vaters zur Legitimierung seiner Herrschaft wird durch die Anlehnung an das Militär zwar ersetzt (Müller 1996: 204; Satterwhite 1997: 12), doch schafft diese Koalition nicht nur eine Kräfteverschiebung der innenpolitischen Akteure, sondern auch neue Abhängigkeiten.

Die Krise des bisherigen politischen Systems mit der koreanischen Arbeiterpartei als führendem Gremium wird durch die Stärkung der Rolle des Militärs in der politischen Führung des Landes verdeutlicht. Seit dem Ableben des großen Führers 1994 ist die Parteispitze (abgesehen vom Tod O-Jin-Us) nahezu unverändert (Picht 1997). Die oberste Volksversammlung ist bisher nicht zusammengetreten; außerdem ist unklar, ob das Politbüro formell und regelmäßig getagt hat.¹⁶ Im Gegensatz dazu hat sich der Einfluß der Militärs sichtlich ausgedehnt. Führende Offiziere sind seit 1994 stetig in der politischen Hierarchie aufgestiegen (Chung/Lee 1997: 18f.). Überläufer berichten, daß Armeeeoffiziere mittlerweile die Leitung von Farmkollektiven übernommen haben, um die vorgegebenen Produktionsquoten zu erreichen (Kim, S.C. 1997: 11). In seiner ersten Pressekonferenz berichtete der einstige Lehrer Kim Jong-Ils und bisherige Chefideologe des Regimes, Hwang Jang Yop, daß Nordkorea der "Privatstaat" und das Militär die "Privatarmee" Kim Jong-Ils sei.¹⁷

Die Schwächung der Partei als bisherige Stütze der charismatischen Herrschaft des älteren Kim wurde durch die Flucht des langjährigen Chefideologen des nordkoreanischen Regimes Hwang Jang Yop im Februar 1997 in das südkoreanische Generalkonsulat in Peking besonders deutlich.¹⁸ Das Überlaufen Hwangs symbolisiert nicht nur die Frustration eines Propagandafachmannes. Gemeinsam mit Kim Il-Sung hatte Hwang die Ideologie der Autarkie (juche) entworfen und für jeden Lebensbereich der nordkoreanischen Gesellschaft anwendbar gemacht (Smith 1997: 65). Die Aufrechterhaltung der Juche-Ideologie¹⁹ unter den Bedingungen der Nahrungsmittelknappheit wird zwangsläufig die Frage nach den Verantwortlichen der Misere stellen. Bereits jetzt deutet sich an, daß die Partei zunehmend in die Rolle des Sündenbocks gedrängt wird und die Führung Kim Jong-Ils mehr und mehr in Abhängigkeit des Militärs gerät.

¹⁶ Vgl. Economist Intelligence Unit 1997: 42; Nach einem Bericht des Korea Herald gibt es Anzeichen für die Einberufung einer Tagung der obersten Volksversammlung im März 1998; vgl. „North Korea Preparing To Convene Supreme People’s Assembly“, in: Korea Herald, 09.12. 1997.

¹⁷ Vgl. Korea Times, 11.07. 1997.

¹⁸ Vgl. "Neue Signale der Instabilität aus Nordkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 13.02. 1997; Cotton 1998; Satterswhite 1998, S. 13f.

¹⁹ Diese stilisiert den großen Führer (Suryong) als Gehirn eines die Partei und die Massen umfassenden sozio-politischen Körpers, vgl. Kihl 1997: 5.

Die Flucht des nordkoreanischen Botschafters in Ägypten, Chang Sung-gil, und seines Bruders Chang Sung-ho im September 1997 hat einen weiteren Schatten auf die Zuverlässigkeit der Partielite geworfen. Von westlicher Seite galt ein besonderes Interesse dabei Botschafter Chang, der bei seiner vorherigen Tätigkeit im Außenministerium möglicherweise intime Kenntnisse über nordkoreanische Raketenexporte in den Mittleren Osten erlangt haben könnte (Ahn 1997: 111). Nach der Flucht Hwangs und der Brüder Chang liegt die Vermutung nahe, daß die Partei als bisheriger Stütze der Herrschaft in einem tiefen Streit über den weiteren politischen Kurs liegt und der weitere Umgang mit der ökonomischen Krise des Landes umstritten bleibt.

Eine grundlegende Reform des nordkoreanischen Wirtschaftssystems würde ohne Zweifel zahlreiche 'Verlierer' in der zentralen Planwirtschaftsbürokratie nach sich ziehen. Ein Prozeß wie er derzeit in der Volksrepublik China andeutet. Neben den 'Reformopfern' in der Staatsbürokratie ist das Militär der zweite potentielle Verlierer eines wirtschaftlichen Reformprogrammes. Der Sicherheitsapparat als bisheriger Gewinner der auf Schwerindustrie und Verteidigung angelegten nordkoreanischen Kriegswirtschaft bildet somit ein erhebliches reformfeindliches Potential, welches im Falle ernsthafter Wirtschaftsreformen aktiviert werden könnte.

Als weiteres Indiz für die wachsende politische Krise Nordkoreas kann in diesem Zusammenhang die Zunahme militärischer Spannungen an der innerkoreanischen Grenze interpretiert werden. Sie kann einerseits als Ausdruck einer bewußten Strategie des Militärs unter der Führung Kim Jong Ils gewertet werden, die externe Bedrohung als Kohärenzinstrument nach innen einzusetzen und bestehende Pfründe im Verteidigungshaushalt zu sichern. Andererseits gewährleisten die fortwährenden Spannungen mit dem Süden, daß der Norden neben der Aufmerksamkeit der beiden wichtigsten Gesprächspartner USA und Japan auch eine kaum versiegende Quelle von Verhandlungsmacht in Händen behält. Die einseitige Auflösung der "Military Armistice Commission" (MAC) seit 1991, die Ausweisung der Mitglieder der "Neutral Nations Supervisory Commission" (NNSC) im Mai 1995 und die zahlreichen Provokationen des nordkoreanischen Militärs in der "demilitarisierten Zone" (DMZ) dürften aus Sicht Pjöngjangs durchaus ihren Zweck erfüllt haben (Möller 1995: 6; Satterwhite 1997: 17f.).

Eine vollständige Abkehr des nordkoreanischen Regimes von militärischen Provokationen ist deshalb auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Die jüngsten innerkoreanischen Gespräche über Düngemittellieferungen und Familienzusammenführung sollten nicht darüberhinweg täuschen, daß die strukturellen Ursachen für nordkoreanische Aggressionen weiterhin fortbestehen und deren Ausmaß nur partiell durch eine Stabilisierung der Nahrungsmittelsituation in Nordkorea eingedämmt werden können.

3. Die wirtschaftliche und politische Krise in Südkorea

Das Jahr 1997 wird als Wendepunkt in die Geschichte Südkoreas eingehen. Es bezeichnet im besten Wortsinn eine Krisenjahr, das gleichermaßen Chancen und Risiken mit sich brachte. Einerseits sah Südkorea mit der Wahl des einstigen Dissidenten und Oppositionspolitikers Kim Dae Jung im Dezember eine dramatische Fortsetzung des 1987 begonnenen Demokratisierungsprozesses. Andererseits versank das erst 1996 der OECD beigetretene Land in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die ohne die massive Intervention internationaler Finanzinstitutionen nicht hätte gemeistert werden können. Paradoxerweise konnte Kim Dae Jung (oder DJ wie er in Südkorea genannt wird) zwar im Herbst 1997 bei seiner Wahl noch von der Finanzkrise profitieren. Doch steht seiner Regierung im Laufe des Jahres 1998 aufgrund der notwendigen wirtschaftlichen und politischen Reformen ein weiteres Krisenjahr bevor, dessen Ausgang bisher ungewiß erscheint. Auch eine Krise des politischen Systems Südkoreas im Gefolge der Finanzkrise ist weiterhin möglich, wenngleich nicht sehr wahrscheinlich.

3.1. Die Finanz- und Wirtschaftskrise Südkoreas

Erklärungsansätze

Die wirtschafts- und politikwissenschaftliche Forschung hat in kurzer Zeit eine große Anzahl von 'Erklärungen' und Darstellungen über Ursachen und Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien im allgemeinen und in Korea hervorgebracht.²⁰ In Anbetracht der Schwierigkeiten, die Krise zu prognostizieren, sollten diese ersten Einschätzungen jedoch mit Zurückhaltung betrachtet werden.²¹ Für die Krise in Südkorea lassen sich derzeit drei unterschiedliche Erklärungsansätze identifizieren. Einerseits argumentieren Autoren wie die südkoreanischen Politikwissenschaftler Chung-In Moon und Jongryn Mo, daß die Krise einen endogenen Ursprung habe und Teil des demokratischen „Reifungsprozesses“ Südkoreas sei. Sie betonen, daß die ungenügende Demokratisierung des Landes durch einen Reformstau unter der Präsidentschaft Kim Young-Sams die Krise ausgelöst habe (Moon, C.I./Mo, J. 1998a: 2f., Choi, J. C. 1998: 5ff.). Eine zweite Gruppe von Autoren, wie der Präsident der East-West Research Institutes, Washington DC, WheeGook Kim, führen die Krise auf die Verstrickung

²⁰ Ein hervorragender Ausgangspunkt für die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion ist die Homepage des an der New York University lehrenden Ökonomen Nouriel Roubini: <http://stern.nyu.edu/~nroubini> geladen am 22.04. 1998; für die bisher spärliche politikwissenschaftliche Diskussion: May 1997; Machetzki 1998; Moon, C.I. 1998; Moon, C.I./Mo, J. 1998, Choi, J. C. 1998.

²¹ Das vom Hamburger Institut für Asienkunde herausgegebene Korea-Jahrbuch 1997 bewertete die Wirtschaftslage in Südkorea folgendermaßen: „Die Volkswirtschaft Korea wird auch 1997 ohne große Dynamik vor sich hin „dümpeln“. Die Wachstumsprognosen werden nach unten revidiert, und der Zeitpunkt für den Aufschwung wird auf Ende dieses Jahres oder Anfang 1998 verschoben“, vgl. Henseleit 1998: 94.

von politischen und wirtschaftlichen Eliten zurück, die ohne hinreichende institutionelle Kontrolle zu einer unverantwortlichen Expansionspolitik der führenden südkoreanischen Konzernkonglomerate, der Chaebols, geführt habe. In dieser Betrachtungsweise ist nicht die Behinderung des demokratischen Prozesses durch verfehlte Reformen (gridlock), sondern der demokratische Prozeß in seiner südkoreanischen Ausprägung an sich der Ursprung der Wirtschafts- und Finanzkrise.²² Die dritte Erklärungsvariante sollte mehr als volkswirtschaftliche Ergänzung denn als Konkurrenz zu den beiden bisherigen Erklärungsansätzen verstanden werden. Demnach haben die südostasiatischen Staaten (und Südkorea) drei schwerwiegende Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig entgegengewirkt, um die Krise zu vermeiden:

- 1) Im Rahmen der Dollarabwertung Mitte der 1980er Jahre entwickelte sich durch einen starken Yen-denommierten Kapitalzustrom eine 'bubble-economy' im Immobilien- und Wertpapiersektor. Da diese Expansion keine ausreichende Rendite einbrachte, mußte die Seifenblase platzen, sobald der Kapitalzustrom abflaute.
- 2) Die Tigerstaaten reagierten nur ungenügend auf die chinesische Herausforderung, die durch billigere Produktionsstätten und die seit 1994 einsetzende Währungsaufwertung im Gefolge des US-Dollar vielen Staaten Südostasiens zur ernsthaften Konkurrenz wurde.
- 3) Die Tigerstaaten versäumten es ein effektives und solides Bankensystem mit Kontrollmechanismen aufzubauen, sodaß nun eine Vielzahl 'fauler Kredite' das ohnehin gebeutelte Finanzsystem belasten (May 1997: 75f.).²³

Reformerwartungen

Unabhängig von der Erklärung der südkoreanischen Wirtschafts- und Finanzkrise gehen die meisten Beobachter deshalb davon aus, daß das Ende der Krise mit den externen Stabilisierungsmaßnahmen im Winter 1997/98 noch nicht erreicht worden ist. Vertreter aller drei Erklärungsansätze argumentieren, daß nur eine Beseitigung der Ursachen der Krise eine langfristige Stabilisierung herbeiführen könne. Bevor die Lernfähigkeit des politischen Systems

²² Vgl. Kim, W.G. 1998: 16; Park 1998: 2; Choi, J. C. 1998: 2; diese Variante der 'endogenen These' wird im deutschsprachigen Raum von der Mehrheit der politischen Beobachter geteilt, vgl. Mayer 1997; Ehrke 1998; Barbara Odrich, „Götterdämmerung in Korea“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02. 1998.

²³ Vgl. für weitere externe Erklärungsansätze der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien: Artus 1998; Schulmeister 1998 sowie die Mehrheit der wirtschaftswissenschaftlichen Beiträge auf der Homepage von Nouriel Roubini: <http://stern.nyu.edu/~nroubini> geakden am 22.04. 1998

betrachtet wird, sollen daher die Reformvorschläge der beiden endogenen Erklärungsansätze erläutert werden.²⁴

Die Protagonisten des „gridlock-Ansatzes“ argumentieren, daß die Krise möglicherweise eine „heilsame Lektion“ für die koreanische Gesellschaft mit sich bringe. Welche unmittelbaren Folgen diese Lektion jedoch für das demokratische politische System haben werde, sei bisher unklar (Moon, C. I./Mo, J. 1998a: 11). Aus der Perspektive des „gridlock-Ansatzes“ hängt die Überwindung der Krise von der Beseitigung der gegenwärtigen Schwächen des präsidentiellen Politikprozesses ab. Die wirtschaftlichen Schwachpunkte des „koreanischen Modells“, die Fragilität des Bankensektors, die extrem hohe Auslandsverschuldung und der Niedergang der Unternehmensprofite, seien durch eine fahrlässige und ungenügende Wirtschaftspolitik während der Amtszeit Kim Young Sams erst zur Blüte gebracht worden. So habe die Deregulierungspolitik im Finanzsektor nach einer langen Phase der Staatsintervention und der engen Beziehungen zwischen Banken und Unternehmen zu keinem wirklichen Wettbewerb, sondern zu einer unregulierten Kreditvergabepolitik der Banken auf der Grundlage alter Seilschaften geführt. Gleiches gilt nach Ansicht von Moon und Mo auch für die hohen Auslandsverbindlichkeiten südkoreanischer Unternehmen und Banken. Zu wenig staatliche Überwachung, zuviel Freiraum für Geschäftsentscheidung jenseits ökonomischer Vernunft. Auch die dritte wirtschaftliche Ursache der Krise, die abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit der Chaebols, sei durch die unzureichende und widersprüchliche Reformpolitik der Administrationen von Kim Young-Sams, aber auch Roh Tae Woos, verstärkt worden (Moon/Mo 1998a: 8; Choi, J. C. 1998: 14-20).

Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise kann aus Sicht des „gridlock-Ansatzes“ deshalb nur erreicht werden, wenn die bestehenden Strukturen des präsidentiellen Politikprozesses verändert werden können.

„If the Kim Young Sam government could have succeeded in ensuring transparency, openness, fair competition, and the rule of law as dictated by democratic reform mandates, unruly corporate expansion, corruption of banking practices, and some of the government failures such as ineffective monitoring, might well have been prevented“ (Moon, C. I./Mo. J. 1998a: 11).

Aus Sicht des zweiten Erklärungsansatzes sind weit umfassendere Reformen des politischen, wirtschaftlichen Systems Südkoreas notwendig. Die engen und korrupten

²⁴ Eine Analyse der Reformvorschläge der eher international ausgerichteten Erklärungsansätze May 1997; Radelet/Sachs 1997 etc. würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen.

Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik hätten den führenden Industriekonglomeraten erlaubt, den koreanischen Binnenmarkt zu monopolisieren und durch weitreichende Netzwerke in Bürokratie und Armee, 'Renten' aus Immobilienspekulationen zu erwirtschaften (Kim, W. G. 1998: 5). Gestützt werde dieses System durch eine Monopolisierung der politischen Parteien. Kandidaten würden aufgrund ihrer Loyalität gegenüber Parteiobere oder regionalen Interessen und nicht wegen ihrer Fähigkeiten rekrutiert. Zudem habe die Stärkung der Gewerkschaften Ende der 1980er Jahre dazu geführt, daß Löhne zwar einerseits gestiegen, Produktivitätssteigerungen aber andererseits durch unflexible Arbeitsrechtsbestimmungen verhindert worden seien. Aus dieser Sicht muß die neue Regierung unter Kim Dae Jung, die bestehenden Monopole im Bereich der Politik, der Chaebols und der Gewerkschaften zerschlagen, um die Auflagen des IMF-Programms zu erfüllen und eine langfristige Genesung des südkoreanischen Modells herbeizuführen.

„The ROK government should introduce the primary election in politics to remove the political monopoly weakening checks and balances, which will prevent corruption and will recover efficiency in the system. The chaebols should eliminate monopoly power in the market through transparency, no cross-finance, ownership-finance, and streamlining of business, which must be enforced by laws. The labor market should be flexible by removing layoff prohibitions, which will improve efficiency and will attract foreign capital (Kim, W. G. 1998: 16).

Verlauf der Krise

Während die Erklärung der südkoreanischen Krise weiterhin umstritten bleibt, erscheint sich ein Konsens über deren Ablauf und das Zusammenspiel interner und externer ökonomischer Ereignisse zu entwickeln.²⁵ Danach geht die Krise in ihren Ursprüngen auf die Währungspolitik der südkoreanischen Regierung seit 1995 zurück. In dieser Zeit hielt die Administration Kim Young Sams trotz eines starken Abwertungsdrucks an einem starken Won-US-Dollarwechsellkurs fest, um die großen koreanischen Konzerne zu einer Restrukturierung ihrer Unternehmen zu zwingen. Der starke Won-Wechselkurs bildete dann den Hintergrund für das Krisenjahr 1997, indem eine große Anzahl von Chaebols Bankrott anmelden mußten (Moon, C.I./Mo, J. 1998a: 3; Schulmeister 1998: 10f.).²⁶

Als politisch und wirtschaftlich außerordentlich folgenreich erwies sich die im Januar 1997 angemeldete Zahlungsunfähigkeit des Baukonzerns Hanbo, der trotz weltweiter

²⁵ Vgl. die Darstellungen bei Moon, C. I./Mo, J. 1998a; IMF 1997: 3; Kim, W. G. 1998; Park 1998.

²⁶ Zu diesen Umternehmensgruppen gehören: Hanbo, Sammi Jinro, Kia, Ssangbangwool, Haitai, Dainong, Taeil Media, New Core u.a., vgl. Mayer 1997.

Überkapazitäten massiv in den Stahlsektor investiert hatte.²⁷ Als politisch brisant erwiesen sich vor allem die Verstrickungen führender Regierungsmitglieder in diesen Bankrott, darunter der Sohn des amtierenden Präsidenten Kim Young-Sam, Kim Hyon Chul. Diese hatten, wie die Ermittlungen ergaben, gegen Zahlung von Bestechungsgeldern immer weitere Kredite staatlicher und privater Banken an Hanbo vermittelt, obwohl sich dessen hoffnungslose finanzielle Situation bereits deutlich abzeichnete. Wirtschaftlich betrachtet sandte der Hanbo-Skandal die ersten Schockwellen durch das koreanische und internationale Bankensystem. Bisher waren internationale Kreditgeber davon ausgegangen, daß der koreanische Staat den Bankrott hochverschuldeter Konzerne durch eine Intervention abwenden werde. Der Fall Hanbos bewies, daß diese Annahme nun nicht mehr grundsätzlich gelten würde.²⁸ In der Folge schwand das Vertrauen internationaler Kreditgeber und die Zinsen für die kurzfristige Kreditnahme südkoreanischer Geldinstitute stiegen. Im März brach der Stahlkonzern Sammi zusammen, im April der Getränkehersteller Jinro, im Mai Daenong.²⁹

Der entscheidende Sprung in die Abwärtsspirale ereignete sich jedoch erst im Juli 1997.³⁰ Der siebtgrößte Chaebol, Kia Motors, meldete Konkurs an. Die Regierung reagierte mit Zurückhaltung und erklärte sie vertraue auf den Marktmechanismus. Eine Übernahme des angeschlagenen Konzerns durch einen Konkurrenten, in diesem Fall Samsung, stand nun im Raume. Diese wurde jedoch von den Gewerkschaften und der bisherigen Unternehmensleitung abgelehnt. Es kam zu einem dreimonatigen Tauziehen an dessen Ende die Regierung die Geschäfte Kias übernahm. Die Vertrauenskrise in die Kreditwürdigkeit südkoreanischer Unternehmen erreichte mit dem Ende der Kia-Krise Anfang November einen ersten Höhepunkt.³¹

²⁷ Vgl. John Burton, „How Hanbo treasure turned to dust“, in: Financial Times, 28.01. 1997; Andrew Pollack, „Hanbo’s Fall Roils Seoul“, in: International Herald Tribune, 01./02.02. 1997; „Hanbo Chief Says Campaign Donations Were Legal“, in: International Herald Tribune, 08.04. 1997.

²⁸ Vgl. Andrew Pollack, „South Korea: Despite World-Class Economy. Sense of Decline“, in: New York Times, 04.02. 1997; John Burton, „S Korea ponders effects of Hanbo’s financial earthquake“, in: Financial Times, 10.02. 1997; Shin Jang Sup, „Hanbo’s Legacy“, in: Far Eastern Economic Review, 27.03. 1997, S. 29.

²⁹ Für eine Chronologie der Ereignisse vgl. „Chronology of the Asian Currency Crisis 1997“, in: URL: <http://stern.nyu.edu/~rroubini/Asia/asiahomepage/> geladen am 30.04. 1998; ferner John Burton, „Chaebol fall sick on surfeit of debt“, in: Financial Times, 20.03. 1997; Velisarios Kattoulas, „Korean Distiller Jinro Escapes Bankruptcy“, in: International Herald Tribune, 23.04. 1997; John Burton/Peter Montagnon, „Debt Surge raises fears over Korea“, in: Financial Times, 07.04. 1997.

³⁰ Inzwischen hatte die Bank of Japan durch die Ankündigung einer Zinserhöhung eine Kapitalflucht aus den Ländern Südostasiens ausgelöst, vgl. Jonathan Fuerbringer, „A-Behind the Scenes Loo at Currency Drama“, in: International Herald Tribune, 11.12. 1997.

³¹ Vgl. „Seoul Pressed On Kia“, in: International Herald Tribune, 24.07. 1997; Charles S. Lee/John McBeth, „Road Kill“, in: Far Eastern Economic Review, 31.07. 1997, S. 57f.; Charles S. Lee, „Goliath vs. Goliath“, in: Far Eastern Economic Review, 21.08. 1997, S. 82; Charles S. Lee, „Out Of Patience“, in: Far Eastern Economic Review, 06.11. 1997, S. 65.

Mitte Oktober geriet der Won, die südkoreanische Währung, erstmals massiv unter Druck. Ausländische Anleger zogen ihr Kapital nun massiv aus Südkorea zurück. Südkoreanische Banken und Unternehmen mußten gleichzeitig ihre z. T. horrenden kurzfristigen Kredite zurückzahlen. Eine weitere Erhöhung der Dollarnachfrage war die Folge. Der Won verlor gegenüber dem Dollar rapide an Wert.³² Der Regierung in Seoul blieb keine andere Wahl, als den Won durch Stutzungskaufe der Bank of Korea zu verteidigen. Weitere Kursverluste, so die Ratio des Finanzministeriums, würden zu einer Explosion der in US-Dollar denominierten Bank- und Unternehmensverbindlichkeiten im Ausland führen, die wiederum eine Kette von Bank- und Unternehmenszusammenbruchen nach sich ziehen werde.³³ Nach zweimonatiger Dauer erwies sich diese Rettungsaktion als ungenügend. In diesem Zeitraum unterstützte die Zentralbank den Won mit 15.1 Mrd US-Dollar, bis sie schließlich die internationale Gemeinschaft um Hilfe bat.³⁴

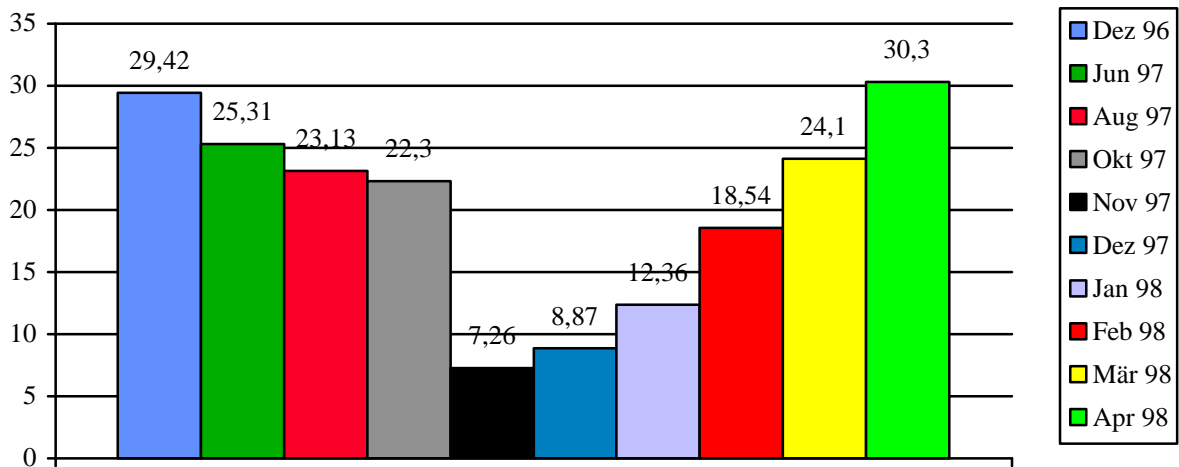
Zunächst versuchte der neue südkoreanische Finanzminister Lim Chang Yuel durch bilaterale Überbrückungskredite der US-Notenbank und der Bank of Japan die stark abgeschmolzenen Devisenreserven aufzufüllen. Ziel dieser Maßnahme war es, den mit einem IMF-Programm verbundenen wirtschaftspolitischen Souveränitätsverlust zu vermeiden. Doch beide Partner lehnten ein bilaterales Stutzungsprogramm ohne Beteiligung des IMF ab, so daß die südkoreanische Regierung Ende November in Verhandlungen über ein IMF-Stutzungsprogramm eintrat.³⁵

³² Vgl. „South Korean Stocks Reel as Overseas Investors Bail Out“, in: International Herald Tribune, 24.10. 1997; „Seoul Seeking to Arrest The Steep Market Slide“, in: International Herald Tribune, 27.10. 1997; Velisarios Kattoulas, „Seoul Markets Fall After No Quick Fix“, in: International Herald Tribune, 28.10. 1997; Charles S. Lee, „The Next Domino?“, in: Far Eastern Economic Review, 20.11. 1997, S. 1416; IMF 1997: 5.

³³ Vgl. „Seoul Seeks to Lift Its Currency By Stopping Dollar Hoarding“, in: International Herald Tribune, 31.10. 1997; Jun Il Kim, „No, South Korea Is Not Going the Way of Thailand“, in: International Herald Tribune, 10.11. 1997.

³⁴ Vgl. Velisarios Kattoulas, „Seoul Stocks Surge, but Won Falls As Foreigns Flee“, in: International Herald Tribune, 11.11. 1997; „Südkorea im Strudel von Asiens Wahrungskrise“, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.11. 1997; Sandra Sugawara, „South Korea Rejects Idea It Needs Aid From IMF“, in: International Herald Tribune, 20.11. 1997; „Stabilisierungsprogramm für Südkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.11. 1997.

³⁵ Vgl. Nicholas D. Kristof, „Seoul Asks Tokyo for Aid To Avert Economic Crisis“, in: International Herald Tribune, 21.11. 1997; Nicholas D. Kristof, „Crisis Shakes Faith In the ‘Asian Miracle’“, in: International Herald Tribune, 22./23. 11. 1997; Don Kirk, „\$20 Billion Is Sought; Markets Rally On News“, in: International Herald Tribune, 22./23.11. 1997; „Restrukturierung von Koreas Bankensystem“, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.11. 1997; „Michael Hirsh/Jeffrey Bartolet/Lee Pyongchong, „Seoul Calls For Help“, in: Newsweek, 01.12. 1997, S. 28-31.

Schaubild 1: Devisenreserven der Bank of Korea in Mrd. US-Dollar, 12/96 - 04/98³⁶

Das IMF-Programm, das am 3. Dezember verkündet wurde, setzte der südkoreanische Regierung und Wirtschaft anspruchsvolle Reformziele im Austausch für einen US\$ 57 Mrd. Überbrückungskredit.³⁷ Der Währungsfond verpflichtet sich von diesen \$ 57 Mrd. 21 Mrd zu übernehmen: \$ 5.56 Mrd. als Soforthilfe, \$ 3.58 nach einer ersten Zwischenevaluation am 18. Dezember und weitere 2 Mrd. am 8. Januar. Als 'zweite Verteidigungslinie' übernahm die Weltbank weitere 10 Mrd. US\$, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) 4 Mrd. sowie sieben weitere Industrienationen (USA, Japan, Frankreich, BR Deutschland, Großbritannien, Kanada und Australien) insgesamt 22 Mrd. US-Dollar.³⁸

Das IMF-Programm zielte einerseits auf die Reduzierung des südkoreanischen Zahlungsbilanzdefizits und andererseits auf eine Stabilisierung des Wirtschaftswachstums um drei Prozent. Das Programm sah eine rigide Geldpolitik der Zentralbank und eine restriktive Ausgabenpolitik der südkoreanischen Regierung vor, um das Geldmengenwachstum und die

³⁶ Angaben aus: „Foreign Currency Reserve as of the End of March 1998“, Press Release by the Ministry of Finance and Economy, April 7, 1998; „Korea's Usable Foreign Exchange Reserves“, in: Korea Focus 6(1998) 2, S. 111.

³⁷ Für kritische Würdigungen des IMF-Programms in Südkorea vgl. „The Right Stuff“, in: Far Eastern Economic Review, 18.12. 1997, S. 64f.; Chalmers Johnson, „Can Capitalism Survive the IMF?, in: Los Angeles Times, 19.12. 1997; Martin Khor, „A Poor Grade for the IMF“, in: Far Eastern Economic Review“, 15.01. 1998, S. 29.

³⁸ Vgl. „IMF Press Release 4/12/97 on South Korea Bailout Program“, in: NAPSNET Special Report, 09.12. 1997 (URL: <http://www.nautilus.org>); Paul Blustein, „Seoul Aid Surpasses \$60 Billion“, in: Washington Post, 5.12. 1997; Paul Blustein, „IMF Warns Shortfall Of Funding Possible“, in: Washington Post, 06.12. 1997.

Inflationsrate niedrig zu halten. Gleichzeitig forderte der IMF eine radikale Reform des Finanzsektors durch drei Gesetzesvorhaben (ein revidiertes Zentralbankgesetz, ein Gesetz zur Bankenaufsicht, ein Gesetz zur Offenlegung und Zertifizierung von Unternehmensbilanzen). Im Bereich der Unternehmensbeteiligungen sei eine weitere Liberalisierung notwendig, die bis Ende 1998 eine mehrheitliche Beteiligung ausländischer Unternehmen an koreanischen ermöglichen müsse.³⁹

Trotz des IMF-Soforthilfeprogrammes setzte sich der Sturz des Won bis zum 16. Dezember fort. Innerhalb weniger Tage sackte er durch Panikverkäufe koreanischer Unternehmen, die versuchten, ihre kurzfristigen Auslandskredite zu bedienen, auf einen Kurs von 1900 W zum US-Dollar ab.⁴⁰ Ursache dieses Zwischentiefs dürften die Aussagen der Präsidentschaftsbewerber Rhee In-Je und Kim Dae Jung sowie die Krisenpolitik unter dem amtierenden Präsidenten Kim Young Sam gewesen sein. Während die beiden Präsidentschaftskandidaten eine Neuverhandlungen des IMF-Programms im Falle ihres Wahlsieges ankündigten, erklärte das südkoreanische Finanzministerium am 9. Dezember, es werde die beiden zahlungsunfähigen Banken „Korea First Bank“ und „Seoul Bank“ nationalisieren, um so weitere Verwerfungen im Finanzsektor zu verhindern.⁴¹ Erst nachdem die Zentralbank auf einige Forderung des IMF am 15. Dezember reagierte und den Won-Kurs vollständig freigab, kam es zu einer leichten Stabilisierung der südkoreanischen Währung.⁴² Doch bereits am nächsten Tag gab der japanische Aktienmarkt um 6 % und der amerikanische Dow Jones Index um 100 Punkte nach. IMF-Direktor Camdessus ließ die US-Regierung am 18. Dezember wissen, daß die USA möglicherweise sehr rasch die avisierten 2 Mrd. US\$ Soforthilfe bereitstellen müsse, um die schwindenden südkoreanischen Devisenreserven aufzustocken. Am 20. Dezember wurde der südkoreanische Kreditstatus von der Ratingagentur Standard & Poor abermals abgewertet.⁴³

³⁹ Vgl. hierzu grundsätzlich: IMF 1997; sowie „IMF Program for Korea: Contents and requirements“, in: Korea Update 8(22.12.1997) 26, S. 1f.; „IMF Press Release 4/12/97 on South Korea Bailout Program“, in: NAPSNET Special Report, 09.12. 1997 (URL: <http://www.nautilus.org>); „Conditions For Korea’s IMF Plan Mean Sweeping Economic Changes“, in: Wall Street Journal, 04.12. 1997.

⁴⁰ Vgl. „Aufstand an Südkoreas Finanzmärkten“, in: Neue Zürcher Zeitung, 12.12. 1997; „Korea Must Renegotiate Bailout or Risk Default, Economists Says“, in: Wall Street Journal, 12.12. 1997; Paul Blustein, „Korea Draws Criticism For Quest For Cash“, in: Washington Post, 12.12. 1997.

⁴¹ Vgl. Charles S. Lee et al., „On the Brink“, in: Far Eastern Economic Review, 25.12. 1997, S. 118-120.

⁴² Vgl. „South Korea Lets Won Float In Move To Stabilize Markets“, in: Wall Street Journal, 15.12. 1997; „Erholung an Südkoreas Börse“, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.12. 1997; Mary Jordan, „South Korea Encouraged By Rebound“, in: Washington Post, 16.12. 1997; „Gesten Südkoreas gegenüber dem IMF“, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.12. 1997; Stefan Mufson, „South Korean Currency Gets A Big Boost“, in: Washington Post, 17.12. 1997.

⁴³ Vgl. „Weitere Schläge gegen Südkoreas Finanzsystem“, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.12. 1997; Don Kirk, „Seoul Fights Debt Crunch“, in: International Herald Tribune, 24.12. 1997; Michael Duffy, „The Rubin Rescue“, in: Time, 12.01. 1998.

Das US-Finanzministerium reagierte auf diese Warnung noch am 18. Dezember und entschied unter Beteiligung des US-Zentralbankchefs Alan Greenspan, daß nur ein umfassendes Sofortprogramm die „südkoreanische Krise“ eindämmen und eine Ausweitung auf das benachbarte Japan verhindern könne. Neben der Gewährung der zwei Mrd-IMF-Mittel und weiteren 8 Mrd. US\$ bilateraler Überbrückungshilfe sah der Plan eine koordinierte Hilfe im G-7-Rahmen vor. In Gesprächen mit seinen Kollegen aus den G-7-Staaten argumentierte der stellvertretende US-Finanzminister Larry Summers am 21. Dezember, daß nur ein umfassender Aufschub der südkoreanischen Auslandskredite durch die führenden kommerziellen Banken der Mitgliedsstaaten das Vertrauen in die südkoreanische Kreditwürdigkeit revitalisieren könne. Am 23. Dezember kam es in New York, Paris, London und Tokio zu Koordinierungstreffen der beteiligten Geschäftsbanken, die eine Kreditprolongierung südkoreanischer Kredite erörterten. Am 24. Dezember wurde zudem bekannt, daß der IMF bereits am 30. Dezember die dritte Kredittranche gewähren würde.⁴⁴

Nachdem es am 28. Dezember mit der Changgu-Gruppe zu einem weiteren Chaebol-Bankrott gekommen war, trafen am 30. Dezember Vertreter führender internationaler Geschäftsbanken in New York zusammen und beschlossen eine Kreditprolongierung für kurzfristige südkoreanische Kredite.⁴⁵ Gleichzeitig trat die südkoreanische Nationalversammlung zu einer Sondersitzung zusammen, in der sie die vom IMF geforderten Gesetzesvorhaben zur Reform des Finanzsektors verabschiedete.⁴⁶

Im Laufe des Januars 1998 kam es unter dem Eindruck der konzertierten internationalen Hilfsmaßnahmen und der erfolgreichen Initialisierung der innenpolitischen Reformen durch das Übergangsteam des designierten neuen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation.⁴⁷ Kim, der noch im Dezember

⁴⁴ Vgl. „IMF and G-7 Accelerate Loans To South Korea“, in: Wall Street Journal, 24.12. 1997; „Mehr Geld in den Rachen des südkoreanischen ‘Tigers’“, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.12. 1997; Michael Duffy, „The Rubin Rescue“, in: Time, 12.01. 1998.

⁴⁵ Weitere Gespräche führten Ende Januar zu konkreten Vereinbarungen zwischen südkoreanischen und internationalen Kreditinstituten für die Umschuldung von rund ein Viertel der kurzfristigen Kredite, vgl. Namju Cho et al, „South Korea Debt Package Is Sweetened By Financiers“, in: Wall Street Journal, 15.01. 1998; Timothy L. O’Brien, „Banks In Accord Extend \$24 Billion in Korea Loans“, in: New York Times, 29.01. 1998; Steven Pearlstein, „Seoul, Creditors Reach pact On Debt Refinancing“, in: Washington Post, 29.01. 1998.

⁴⁶ Vgl. „International Bankers to Discuss Help For South Korea’s Economy“, in: International Herald Tribune, 29.12. 1997; „Reformschritte in Südkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.12. 1997; „Verlängerung der Kredite für Korea erwogen“, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.12. 1997; Mitchell Martin, „Wall Street Firms Agree to Take Part In Resue of Seoul“, in: International Herald Tribune, 30.12. 1997; „Kreditverlängerung der Banken für Südkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 31.12. 1997.

⁴⁷ Am 21. Januar wurde der Direktor des Internationalen Währungsfonds, Camdessus, mit den Worten zitiert, die ‘kritische Phase der südkoreanischen Krise sei vorüber’. Vgl. „Camdessus: Critical Phase Of S. K. Crisis Has Past“, in: AP-Dow Jones News Service (Paris), 21.01. 1998 zitiert nach NAPSNET

eine Neuverhandlung des IMF-Pakets erwogen hatte, zeigte sich nach der Wahl am 18. Dezember bemüht, das Vertrauen der internationalen Anleger für Südkorea zurückzugewinnen. Einen ersten Teilerfolg erzielte dieses Maßnahmenbündel durch die Verabschiedung des Gesetzespakets zur Reform des Finanzsektors am 30. Dezember 1997. Anfang Januar traf Kim Dae Jung zu einem publikumswirksamen Treffen mit dem US-Investor George Soros zusammen, der die Ernsthaftigkeit der südkoreanischen Reformmaßnahmen pries. Nach einem Treffen mit den Vorsitzenden der fünf größten Chaebols Mitte konnte der designierte Präsident eine Selbstverpflichtung dieser Unternehmensgruppen zur Restrukturierung und Offenlegung ihrer Finanzverhältnisse erzielen.⁴⁸ Kurz darauf rief das Übergangsteam Kim Dae Jungs am 20. Januar führende Gewerkschafts- und Unternehmensvertreter zu einer Art runden Tisch zusammen. Ziel dieser konzertierten Aktion war es, einerseits mehr Flexibilität bei der Restrukturierung der überschuldeten Unternehmensgruppen durch betriebsbedingte Entlassungen zu erhalten und andererseits den sozialen Frieden durch den Ausbau des sozialen Systems zu sichern.⁴⁹

Trotz dieser ersten erfolgreichen Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die wirtschaftliche Gesundung nach der Amtsübernahme des neuen Präsidenten Kim Dae Jung nicht gesichert. Die Krisenpolitik des Winters 1997/98 war vornehmlich auf die Linderung der externen Effekte der Finanzkrise gerichtet, während die innenpolitischen Reformmaßnahmen bisher erst in Ansätzen durchgesetzt werden konnten. Ihre weitere Implementierung birgt einerseits die Hoffnung auf eine mittelfristige Genesung der südkoreanischen Wirtschaft, doch andererseits weisen die steigenden Arbeitslosenzahlen und die Zunahme wilder Streiks im Frühjahr 1998 auf die soziale Sprengkraft dieser Maßnahmen hin. Somit bleibt auch das Jahr 1998 ein „Krisenjahr“ in der südkoreanischen Geschichte mit der Chance zur Besserung der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Risiko einer gesamtgesellschaftlichen Krise, die sich von der Wirtschaft über die Gesellschaft auf das politische System hin ausbreiten könnte.⁵⁰

Daily Report, 21.01. 1998, S. 4; „Optimistischer Chef des Währungsfonds in Südkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.01. 1998.

⁴⁸ Vgl. Shim Jae Hoon/Charles S. Lee, „Now, Rule“, in: Far Eastern Economic Review, 08.0. 1998, S. 14-16; Kevin Sullivan, „Soros, Visiting Korea, Expresses Confidence“, in: International Herald Tribune, 06.01. 1998; Don Kirk, „Corporate Chiefs’ Pledge Raises Spirits in Seoul“, in: International Herald Tribune, 14.01. 1998.

⁴⁹ Vgl. Nicholas D. Kristof, „Unios Agree To Discuss Layoffs in South Korea“, in: New York Times, 05.01.1998; Shim Jae Hoon, „Biting the Bullet“, in: Far Eastern Economic Review, 29.01. 1998, S. 18-20; Frank Gibney, „Destiny’s Choice“, in: Time, 02.03. 1998.

⁵⁰ Vgl. Enzo von Pfeil, „Watch for Social Unrest“, in: Far Eastern Economic Review, 22.01. 1998, S. 30.

„An active volcano, lying dormant“- und die Krise geht weiter

Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Krisenpotentials für das Jahr 1998 steht weiterhin die Fragilität des südkoreanischen Finanz- und Bankensektors. Obwohl sich die externe Kreditsituation nach der Umschuldungsvereinbarung vom 29. Januar entschärft hat, kann keine Entwarnung in diesem Bereich gegeben werden. Bereits wenige Tage nach der Vereinbarung erklärten führende Analysten, daß ein Kollaps des koreanischen Finanzsektors aufgrund der immensen Inlandsverbindlichkeiten von Banken und Unternehmen bevorstehe.⁵¹ Die Wondenomierten Unternehmensverbindlichkeiten beliefen sich Mai 1998 nach Berechnungen von Ssangyong Investment & Securities auf über 600 Billionen Won, von denen bereits im Februar W 30 Mrd. umgeschuldet werden mußten, weil keine Aussicht auf Rückzahlung bestand.⁵² Mitte Mai war jedoch weiterhin unklar, wieviele der insolventen Banken in der zweiten Jahreshälfte geschlossen bzw. nationalisiert werden würden. Erste Anzeichen deuten jedoch daraufhin, daß der Versuch der koreanischen Banken, das Problem durch die Beteiligung ausländischer Banken zu lösen, kaum Aussicht auf Erfolg haben dürfte.⁵³

Tabelle 3: Verschuldung der 15 führenden südkoreanischen Unternehmenskonglomerate⁵⁴

Platz	Chaebol	Anz. Tochterfirmen	Eigenkapital (Mrd. Won)	Verschuldungsrate
1	Hyundai	62	73,620	578,7 %
2	Samsung	61	64,536	370,9 %
3	Daewoo	37	52,994	471,9 %
4	LG	52	52,773	505,8 %
5	SK	45	29,267	467,9 %
6	Hanjin	25	19,457	907,8 %

⁵¹ Vgl. „Analysis: Korea’s Internal Debt Seen As Rumbling Volcano“, in: Reuters (Tokyo), 31.01. 1998 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 02.02. 1998, S. 2f.; Stefanie Strom, „Tide of Bad Domestic Debt Threatens South Korea“, in: International Herald Tribune, 12.02. 1998; „Südkoreas Banken mit zu dünner Eigenkapitaldecke“, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.02. 1998.

⁵² Vgl. Michael Schuman, „South Korea’s Economy, Banks Are Seen Headed For New Crisis“, in Wall Street Journal, 15.05. 1998; im Februar waren die Unternehmensverbindlichkeiten noch auf ca. 300 Bil. Won geschätzt worden, vgl. Charles S. Lee, „Aftershocks Rumble“, in: Far Eastern Economic Review, 26.02. 1998, S. 56.

⁵³ Vgl. „Seoul To Write Off Bad Loans“, in: International Herald Tribune, 12.05. 1998;

⁵⁴ Angaben entnommen aus: Charles S. Lee/Dan Biers, „Remaking Korea Inc.“, in: Far Eastern Economic Review, 30.04. 1998, S. 10-13, hier S. 12.

Platz	Chaebol	Anz. Tochterfirmen	Eigenkapital (Mrd. Won)	Verschuldungsrate
7	Ssangjong	22	15,645	399,7 %
8	Hanwha	31	12,469	1.214,7 %
9	Kumho	32	10,361	944,1 %
10	Dong Ah	22	9,054	359,9 %
11	Lotte	28	8,862	216,4 %
12	Daelim	21	7,001	513,6 %
13	Doosan	23	6,586	590,2 %
14	Hansol	19	6,628	399,9 %
15	Hyosung	21	5,249	465,1 %

Mit der Bankenkrise verknüpft ist die Zukunft vieler kleiner- und mittelständischer Betriebe, aber auch die der großen Unternehmenskonglomerate. Die Abwertung des Won als Folge der Insolvenzkrise des Winters hat die Importpreise für Rohstoffe und Vorprodukte südkoreanischer Exportartikel in die Höhe schnellen lassen. Der Verfall der Währungen in anderen asiatischen Staaten hat einen Preiskampf in einigen Wirtschaftssektoren ausgelöst. Zusätzlich haben hohe Zinsraten die Binnenkonjunktur im Frühjahr 1998 praktisch zum Erliegen gebracht, so daß eine binneninduzierte Erholung der hochverschuldeten Unternehmen kaum möglich erscheint.⁵⁵ Im Gegenteil, Analysten erwarten eine Verdreifachung der Unternehmensbankrotte im Vergleich zum Vorjahr von ca. 17.000 (1997) auf über 50.000 (1998).⁵⁶

„The question is whether the pace of the bankruptcies will reach critical mass and set off a detonation in the financial system. The domestic debt problem could lead to the same paralysis we had last December, but this one will be much more difficult to solve.“⁵⁷

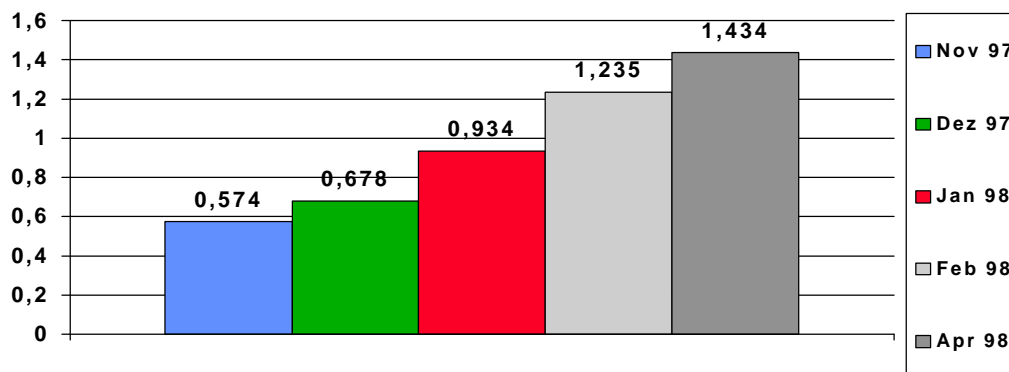
⁵⁵ Vgl. „It’s Not Over Yet for South Korea“, in: International Herald Tribune, 22.05. 1998.

⁵⁶ Vgl. Patrice Hill, „Asian Crisis Has Long-Term Effects“, in: Washington Times, 05.02. 1998.

⁵⁷ Karl Moskovitz, einer der führenden Koreaexperten der USA zitiert nach Stephanie Storm, „In Korea, Domestic Loans Said To Be Serious Problem“, in: New York Times, 10.02. 1998.

Die Auswirkungen der Rezession und der schwierigen Situation vieler Unternehmen auf den südkoreanischen Arbeitsmarkt sind bisher nur in Umrissen erkennbar (Yoon, J. H. 1998). Bis zur Einführung nationaler Richtlinien über die Meldepflicht von Massenentlassungen im Februar 1998 gab es keine verlässliche statistischen Angaben über das Ausmaß von Entlassungen (ILO 1998 II: 4). Seither reist der Strom von Meldungen über Massenentlassungen nicht mehr ab. Im April stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach Angaben des südkoreanischen Arbeitsministeriums auf 6,5 % oder 1,38 Mio. Bis zu diesem Zeitpunkt ging ein Großteil der Entlassungen auf Firmenbankrotte zurück, doch zeigen neueste Berichte, daß nun auch zunehmend Universitätsabgänger und betriebsbedingte Kündigungen die Zahl der Arbeitssuchenden in die Höhe treiben.⁵⁸

Schaubild 2: Erwerbslosenzahlen in Südkorea, 11/97 - 04/98⁵⁹



Die wachsende Zahl der Arbeitslosen - ein Phänomen das in Südkorea bisher so nicht bekannt war - und die nachwievor prekäre Situation des Finanzsektors bringt erhebliche Risiken für die soziale und letztlich auch politische Stabilität Südkoreas mit sich. Obwohl das

⁵⁸ Vgl. Chang Woo-hyuk, „S. Korea Min Warns Jobless Rate To Remain High For 3 Yrs“, in: AP-Dow Jones News Service, 26.03. 1998 zitiert nach NAPSNET Newsletter, 26.03. 1998, S. 4; „S. Korea’s Biggest Car Maker Plans Mass Layoffs“, in: AP (Seoul), 09.04. 1998 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 09.04. 1998, S. 2; Jun Kwan-woo, „College Graduates Face Fewer Job Prospects“, in: Korea Newsreview, 11.04. 1998, S. 11f.; „Autohersteller Hyundai will 8000 Mitarbeiter entlassen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.05. 1998; ferner ILO 1998 II: 5.

⁵⁹ Daten entnommen aus Yoon, J. H. 1998: 36; „Seoul Jobless Crept Higher Last Month“, in: International Herald Tribune, 23./24.05. 1998.

politische System bisher nur mit wechselndem Erfolg auf die Krise reagiert hat, erscheint eine mittelfristige Stabilisierung (3-5 Jahre) möglich, wenn nicht gar wahrscheinlich. Voraussetzung für eine erfolgreiche Reformpolitik ist der erfolgreiche gleichzeitige Abbau der internen und externen Verschuldung und die Bewältigung der zentralen Strukturprobleme der südkoreanischen Wirtschaft (niedrige Produktivität, starke Marktkonzentration durch Chaebols, schwacher und wenig überwachter Finanzsektor etc.).

3.2. Das Krisenpotential des politischen Systems - ist eine Konsolidierung in Sicht?

Die Wahl des Oppositionspolitikers Kim Dae Jung zum Staatspräsidenten am 18. Dezember 1997 symbolisiert gleichermaßen den Reformwillen der südkoreanischen Gesellschaft und die strukturellen Defizite ihres politischen Systems. Erstmals in der fünfzigjährigen Geschichte Südkoreas wurde ein Oppositionspolitiker zum Präsidenten gewählt. Doch DJ, wie er kurz von seinen Anhängern genannt wird, konnte sich lediglich mit einer Pluralität der Stimmen (40,3 %) gegen seine Konkurrenten von der Regierungspartei „Grand National Party“ (GNP) Lee Hoi-Chang (38,7 %) und dem Kandidaten der Splitterpartei „New Party by the People“, Rhee In-Je (19,3 %) durchsetzen.⁶⁰ Eine Analyse des Wahlkampfes und der regionalen Auszählungsergebnisse zeigt darüberhinaus, daß bestehende Politikmuster der jungen südkoreanischen Demokratie, wie die Regionalisierung des Wählerverhaltens und die Personalisierung der politischen Parteien, weiterhin politikbestimmend sind. Die Wahl Kim Dae Jungs sollten daher eher als „weitere Reformchance“, denn als abgeschlossene Konsolidierung des demokratischen politischen Systems Südkoreas betrachtet werden.

Die Präsidentenwahl 1997 - Fortsetzung des demokratischen Konsolidierungsprozesses?

Auch Kim Dae Jungs Vorgänger und langzeitiger Weggefährte in der Opposition, Kim Young Sam war nach seiner Wahl im Dezember 1992 mit einer Reformagenda für ein „freieres und demokratischeres Korea“ angetreten. Als eine seiner ersten Amtshandlungen offenbarte Kim Young Sam nach seiner Inauguration im Februar 1993 seinen privaten Besitz und empfahl seinen Kabinettsmitglieder es ihm nachzutun. Mit einer rigorosen Anti-Korruptionskampagne im ersten Amtsjahr ging er gegen die Verstrickung von öffentlicher Verwaltung, Armee und Geschäftswelt vor. Im März 1994 verabschiedete die südkoreanische Legislative mehrere Gesetzesinitiativen, die u.a. die Parteienfinanzierung, die kommunale Selbstverwaltung und das Wahlkampfglement reformierten. Darüberhinaus wurde die bisher weitverbreitete Praxis von

⁶⁰ Vgl. Nicholas D. Kristof, „S. Korean Politics Turned Upside Down As Kim Dae Jung Is Elected President“, in: New York Times, 18.12. 1997; Mary Jordan, „Kim Dae Jung Ends Reign Of Ruling Party“, in: International Herald Tribune, 19.12. 1997; „The Election of Kim Dae Jung, the American Reaction, and Future Inter-Korean Relations. An Assessment by the Summit Council for World Peace, December 22, 1997“, in: NAPSNET Special Report - ROK Election, 22.12. 1997.

Decknamenkonten für Privatkunden und von Tarnnamen für geschäftliche Transaktionen verboten (Pohl 1997: 19; Maull 1996: 268f).

Doch das Reformprogramm Kim Young Sams geriet in der Folgezeit unter den Druck der bestehenden Strukturen. Bereits im Frühjahr 1997 wurde die Lockerung der neuen Regelungen für finanzielle Transaktionen debattiert. Der Versuch, der Regierungspartei NKP, mit Hilfe einer Nacht-und-Nebel-Aktion die bestehenden Arbeitsgesetze im Dezember 1996 aufzuheben, scheiterte nach massiven Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei. Auf Drängen der Gewerkschaften wurden betriebsbedingte Entlassungen bis auf weiteres ausgesetzt und Massenentlassungen nach Firmenzusammenschlüssen verboten (Pohl 1997: 30). Zusätzlich büßte der Präsident seine persönliche Integrität als Reformler ein, als sein Sohn und Chefberater Kim Hyun-chul im Rahmen des Hanbo-Skandals wegen Bestehlichkeit angeklagt und verurteilt wurde.

Das Scheitern der Reformen unter Kim Young Sam beflügelte nicht nur den Wahlkampf des Oppositionskandidaten Kim Dae Jung, indem es ihm Chancen für eine deutliche Abgrenzung gegenüber dem bestehenden korrupten System bot. Die Demontage des Parteiführers führte auch zu einer Zersplitterung der Regierungspartei „New Korea Party“ (NKP). Diese hatte sich nach dem Nominierungsparteitag im Juli in die „New Party by the People“ unter Führung des abtrünnigen Gouverneurs Rhee In Je und die „Grand National Party“ unter dem ehemaligen Verfassungsrichter Lee Hoi-Chang und dem früheren Bürgermeister Seouls Cho Soon gespalten (Hahm 1997: 9-13; Frank 1997: 13f.).

Paradoxerweise erwies sich die Stärke von Kim Dae Jungs Wahlkampf, die Abgrenzung zur bisher herrschenden Regierungspartei, auch als dessen größte Schwäche. Außerhalb seiner Heimatprovinz Cholla vermochte der unter seinen konservativen Landleuten als Sozialdemokrat geltende KDJ kaum Anhänger zu rekrutieren. Am 3. November, also wenige Wochen vor der Wahl, schloß der „National Congress for New Politics“ Kim Dae Jungs daher eine strategische Allianz mit der konservativen Partei von Kim Jong Pil, der in den 1970er Jahren als Geheimdienstchef Park Chung Hees den Oppositionspolitiker Kim Dae Jung hatte verfolgen lassen. Zusätzlich verbreiterte DJ seine regionale Basis durch eine Allianz mit dem Stahlmagnaten Park Tae-Jun (Pohang Steel) aus der Kyongsang-Provinz.⁶¹

Die im November 1997 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte zusammen mit der Spaltung der Regierungspartei wie ein Katalysator für den Untergang der bisherigen Regierungspartei (Skanderup 1997; Park 1998: 5). In der ersten Dezemberwoche versuchten alle Kandidaten, sich von der Wirtschaftspolitik Kim Young Sams auf die ein oder andere

⁶¹ Vgl. hierzu Shim Jae Hoon, „See No Evil“, in: Far Eastern Economic Review, 13.11. 1997, S. 31; Park, T. W. 1998: 5.

Weise abzusetzen, ohne jedoch stichhaltige Aussagen machen zu wollen. Glaubhaft gelang dieser Spagat nur Kim Dae Jung.⁶² Daß dieser durch seine Forderung, das von der Kim-Administration verhandelte IMF-Paket wieder aufzuschnüren, mit zu der Verschärfung der Finanzkrise in der zweiten Dezemberwoche beitrug, sollte dabei jedoch nicht vergessen werden.⁶³

Letztlich ausschlaggebend für die Wahl Kim Dae Jungs erscheint jedoch das Fehlen politischer Themen und Konfliktlinien, sogenannter 'cleavages', gewesen zu sein (Hahm 1997: 5).⁶⁴ Die Wirtschafts- und Finanzkrise dürfte allenfalls trendverstärkend gewirkt haben. Ebenso wie in der Präsidentschaftswahl 1987, als mit Roh Tae Woo der Kandidat der Regierungspartei gewann, profitierte der Oppositionspolitiker Kim Dae Jung von der Spaltung seiner Mitwettbewerber. Die südwestliche Yongnam-Region stellte erstmals keinen eigenen Kandidaten, so daß sich deren Stimmenpotential (28.3 % aller Stimmberechtigten) auf die beiden Kandidaten der ehemaligen Regierungspartei aufteilte.⁶⁵

Seine Allianz mit der konservativen „United Liberal Democrats“ Partei unter Kim Jong Pil verhalf zwar zum Sieg in den Präsidentschaftswahlen. Doch beide Parteien besitzen bisher keine Mehrheit in der Nationalversammlung, sodaß der neugewählte Präsident von Anfang an in wichtigen Fragen zu Konsultationen mit der oppositionellen ehemaligen Regierungspartei unter Lee Hoi Chang verpflichtet war. Dies galt umso mehr in der Frage einer Revision der Verfassung, wie sie im Rahmen der Allianz zwischen KDJ und KJP im November vereinbart worden war. Als Preis für die Unterstützung Kim Dae Jungs hatte der Parteiführer der ULD die Ernennung zum Premierminister unter KDJ und die Umwandlung des präsidentiellen Systems in einer parlamentarische Kanzlerdemokratie nach deutschem Vorbild im Jahre 1999 gefordert.⁶⁶

⁶² Vgl. Andrew Sherry/Shim Jae Hoon/Charles S. Lee, „State of Inertia“, in: Far Eastern Economic Review, 11.12. 1998, S. 16-20; Shim Jae Hoon, „The Mandarin“, in: Far Eastern Economic Review, 11.12. 1998, S. 21f.; Charles S. Lee, „The Opportunist“, in: Far Eastern Economic Review, 11.12. 1998, S. 21; Shim Jae Hoon, „The Outsider“, in: Far Eastern Economic Review, 11.12. 1998, S. 22f.; Lho 1997.

⁶³ Vgl. „S. Korea Asst. Minister Says Korea To Keep IMF Aid Terms“, in: AP Dow Jones News Service (Seoul) 10.12. 1997 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 10.12. 1997, S. 4; „Cloud Over S. Korea Election“, in: Los Angeles Times, 16.12. 1997; „Seoul Sends the IMF Conflicting Signals“, in: International Herald Tribune, 18.12. 1997; „ROK Financial Crisis“, in: NAPSNET Daily Report, 05.12. 1997; Don Kirk, „New Surge Of Panic Hits South Korea“, in: International Herald Tribune, 11.12. 1997.

⁶⁴ Eine gegenläufige, aber wenig überzeugende Analyse findet sich bei: Kang, W. T. 1998.

⁶⁵ Vgl. „Kim Dae Jungs Wahlsieg in Südkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.12. 1997; Park T. W. 1998: 6.

⁶⁶ Vgl. Shim Jae Hoon, „See No Evil“, in: Far Eastern Economic Review, 13.11. 1997, S. 31; Frank 1997: 14.

Krisenpotential im Konsolidierungsprozeß

Vor dem Hintergrund der schwelenden Wirtschafts- und Finanzkrise birgt die strategische Allianz zwischen Kim Dae Jungs NCNP und den United Liberal Democrats Kim Jong-pils ein erhebliches Risikopotential für den weiteren Konsolidierungsprozeß der südkoreanischen Demokratie in sich. Bereits in der ersten Woche nach Amtsantritt blockierte die oppositionelle Grand National Party die Wahl Kim Jong-pils zum Premierminister und erhob Verfassungsklage gegen dessen Ernennung zum „geschäftsführenden Premierminister“ durch Präsident Kim Dae Jung.⁶⁷ Durch die Berufung konservativer Politiker in wichtige Ministerämter, darunter des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Kang In Dok zum Minister für innerkoreanische Angelegenheiten, signalisierte der neugewählte Präsident, daß er innenpolitische Reformen nicht um den Preis eines Bruchs der Allianz mit KJP forcieren werde.⁶⁸ Eine effektive Gewaltenteilung im präsidentiellen Regierungssystem Südkoreas, im Sinne einer Kohabition nach französischem Vorbild, bleibt damit weiterhin Zukunftsmusik. Stattdessen wird das Präsidialsystem durch den Parteienstreit in einer wichtigen Reformphase behindert.

Die Stabilität der südkoreanischen Demokratie ist momentan aber auch von anderer Seite bedroht. Die Implementierung des wirtschaftlichen Reformprogramms stieß zwar bisher nur auf verhaltenen Widerstand in Gewerkschaften und Bevölkerung. Noch vor der Amtseinführung Kims wurde am 15. Februar ein ganzes Bündel von Gesetzen in der Nationalversammlung verabschiedet, welches betriebsbedingte Entlassungen wesentlich vereinfachte. Gleichzeitig wurde jedoch eine budgetfinanzierte Arbeitslosenkasse eingerichtet, um die sozialen Folgen der erwarteten Arbeitslosenwelle abzufedern.⁶⁹ Trotz dieser Maßnahmen hat die seit Beginn des Jahres rapide wachsende Zahl der Arbeitslosen bereits zu ersten Warnstreiks und gewalttätigen Protesten geführt. Auch wenn ein Generalstreik von den Gewerkschaften nach der Verabschiedung des Gesetztespakets Mitte Februar abgesagt wurde, erscheint das „politische Kapital“ des Präsidenten in der Bevölkerung nicht unerschöpflich.⁷⁰

⁶⁷ Vgl. Don Kirk, „Push Comes To Shove in Seoul Crisis“, in: International Herald Tribune, 03.03. 1998.

⁶⁸ Vgl. „Kim Dae Jung Löst Wahlversprechen ein“, in: Neue Zürcher Zeitung, 24.02. 1998; Anne Scheppen, „Der erste Amtstag endet für Kim Dae-jung mit einer Niederlage“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.02. 1998; „Regierung ohne Regierungschef in Südkorea“, in: Neue Zürcher Zeitung, 04.03. 1998.

⁶⁹ Vgl. „Südkorea flexibilisiert den Arbeitsmarkt“, in: Neue Zürcher Zeitung, 16.02. 1998; Mary Jordan, „South Korea Scrambles to Create a Safety Net“, in: International Herald Tribune, 17.02. 1998; Mary Jordan, „Average South Koreans Bear Economy's Burden“, in: International Herald Tribune, 06.05. 1998.

⁷⁰ Vgl. „Union Backs Down Over Strike in Korea“, in: International Herald Tribune, 13.02. 1998; „In South Korea, Militant Labor Is on the Line“, in: International Herald Tribune, 14.02. 1998; Don Kirk, „Kim Aims to „Front-Load“ Seoul reforms Before the Pain Kicks In“, in: International Herald Tribune, 24.02. 1998; Dorinda Elliot, „A Long, Hot Sprintime“, in: Newsweek, 02.03. 1998, S. 36-38; „Rallies Turn Violent in Seoul and Istanbul“, in: International Herald Tribune, 02./03.05. 1998.

Anfang Mai führten gewalttätige Proteste erstmals wieder zu einer deutlichen Abwertung des südkoreanischen Aktienindex und des Won.⁷¹

Die Versuche des Präsidenten, durch eine transparente Reformpolitik das Vertrauen internationaler Anleger für die südkoreanische Wirtschaft zurückzugewinnen,⁷² werden zudem durch xenophobe Ausschreitungen gegen Ausländer und ausländische Waren erschwert. Eine erste Welle des Unmuts über die „Erniedrigung durch den IMF“ entlud sich bereits Mitte Dezember 1997.⁷³ Seither ist es wiederholt zu Protesten gegen ausländische Produkte gekommen, ausländische Handelsketten berichten über massive Umsatzeinbußen. Ausländische Staatsbürger berichten von fremdenfeindlichem Verhalten.⁷⁴

Die Haltung des südkoreanischen Militärs zur wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes ist bisher unauffällig geblieben. Die Reformarbeit des einstigen Dissidenten Kim Dae Jung wird dennoch durch die Aufarbeitung seiner politischen Vergangenheit behindert.⁷⁵ Schon vor seinem Amtsantritt hatte der neue Präsident ein Zeichen der Versöhnung mit seinen einstigen Peinigern gesucht, indem er die beiden Ex-Präsidenten Roh Tae Woo und Chun Do Hwan amnestierte.⁷⁶ Anfang März verdichteten sich bereits Gerüchte, daß der südkoreanische Auslandsgeheimdienst „Agency for National Security Planning“ (ANSP) durch Kontakte zu nordkoreanischen Agenten versucht habe, Kim Dae Jung im Wahlkampf zu diskreditieren.⁷⁷ Anfang Mai begann das Verfahren gegen sieben hochrangige Geheimdienstmitarbeiter, darunter den einstigen Direktor der ANSP, Kim Young Hae, der bereits in Untersuchungshaft einen Selbstmordversuch unternommen hat.⁷⁸ Weitere Untersuchungen über das Verhalten

⁷¹ Vgl. „Fears of Seoul Unrest Cause Stocks and Won To Tumble“, in: International Herald Tribune, 05.05. 1998; Barbara Odrich, „Jeden Tag verlieren 10.000 Koreaner ihren Job“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.05. 1998.

⁷² Dies betrifft vor allem den Besitz von Grund und Boden durch Ausländer als auch die Beteiligung ausländischer Unternehmen an koreanischen Firmen, vgl. Chang Woo-hyuk, „S. Korea Govt to Allow Foreigns To Buy Local Land“, in: AP Dow Jones News Service (Seoul), 17.03. 1998 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 17.03. 1998, S. 3.

⁷³ Vgl. Don Kirk, „Increasing Anger With West“, in: International Herald Tribune, 13./14.12. 1997; Mary Jordan, „South Koreans Turn To Thrift and Patriotism To Combat Ills“, in International Herald Tribune, 13./14.12. 1997; Andrew Pollack, „Among South Koreans, a Storm of Resentment Is Gathering Fast“, in: International Herald Tribune, 18.12. 1997.

⁷⁴ Vgl. Shim Jae Hoon/Charles S. Lee, „Unlocking the Citadel“, in: Far Eastern Economic Review, 26.03. 1998, S. 10-12; Joana Slater, „What’s In a Name?“, in: Far Eastern Economic Review, 26.03. 1998, S. 14f.

⁷⁵ Für ein Profil des einstigen Dissidenten: Dorinda Elliot/Tony Emerson, „A Profile of Faith“, in: Newsweek, 23.02. 1998, S. 32-36.

⁷⁶ Vgl. „Zwei koreanische Expräsidenten begnadigt“, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.12. 1998.

⁷⁷ Vgl. Willis Witter, „South Korean election Hit By ‘Northern Wind’“, in: Washington Times, 30.03. 1998; Shin Jae Hoon, „Secret and Lies“, in: Far Eastern Economic Review, 09.04. 1998, S. 26; Nam In-soo/Ian King, „NSP Under restructuring for New Role“, in: Korea Newsreview, 11.04. 1998, S. 10f.

⁷⁸ Vgl. „Seoul Ex-Spy Denies Smear Against Kim“, in: International Herald Tribune, 05.05. 1998.

hochrangiger Regierungsbeamter während der Finanzkrise im Herbst 1997 erschüttern die Glaubwürdigkeit des politischen Systems. Sie könnten negative Rückwirkungen auf den amtierenden Präsidenten nach sich ziehen, wie dies bereits während der Amtszeit Kim Young Sams geschah.⁷⁹

Dem politischen Krisenpotential gegenüber steht die bisher äußerst geschickte und publikumswirksame Reformpolitik des neuen Präsidenten Kim Dae Jung. Internationale Beobachter stimmen überein, daß der neue Präsident bereits vor der Inauguration wichtige innen- und außenpolitische Erfolge für seinen Reformkurs erzielen konnte.⁸⁰ Durch eine schockierende Rede vor der Nationalversammlung kurz nach seiner Wahl appellierte Kim erfolgreich an die Opferbereitschaft und Einigkeit seiner Landsleute. Seither hat er den schwierigen Balanceakt zwischen den Forderungen der radikalen Gewerkschaften nach sozialer Abfederung und den Wünschen der Unternehmen nach einer Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gemeistert.⁸¹ Offensiv vertritt Kim Dae Jung dabei die These, daß der Ursprung der Krise in den autokratischen Herrschaftsstrukturen der 1970er und 80er Jahre liege. Die gesellschaftspolitische Reformagenda, die Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung der Bevölkerung, verbindet der neugewählte Präsident bisher erfolgreich mit den Notwendigkeiten seines wirtschaftspolitischen Reformkurses.⁸² Versöhnung, Opferbereitschaft und demokratischer Reformwille waren dann auch die Kernpunkte der Inaugurationsansprache am 25. Februar.⁸³

Bisher unklar geblieben ist, ob der neue Präsident bei seinen Wirtschaftsreformen auf die Unterstützung der großen Unternehmenskonglomerate setzen kann. Den freiwilligen Selbstverpflichtungen der fünf führenden Chaebols vom Januar 1998 sind bis zum Frühsommer 1998 keine konkreten Taten gefolgt. Lediglich die Samsung Gruppe kündigte Anfang an Mai

⁷⁹ Vgl. „Prosecutors Question Former Finance Chief“, in: AP (Seoul), 01.05. 1998 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 01.05. 1998, S. 3.

⁸⁰ Vgl. Ralph A. Cossa, „For Koreans, a New Chief Just When Change Is Needed“, in: International Herald Tribune, 22.12. 1997; Nicholas D. Kristof, „South Koreans Hustle the Reviled Kim To An Early Exit“, in: International Herald Tribune, 23.12. 1997; Robert J. Fouser, „DJ’s Conversation with people“, in: Korea Newsreview, 24.01. 1998, S. 21.

⁸¹ Vgl. Clay Chandler, „South Korea’s President-Elect Shows His Economic Savvy“, in: International Herald Tribune, 30.12. 1997; Kevin Sullivan, „President-Elect Is at the Helm In South Korea“, in: International Herald Tribune, 05.01. 1998; Nicholas D. Kristof, „Korean Unionists Relent On Strikes“, in: Internationale Herald Tribune, 15.01. 1998; „Kim D.J. Calls For Acceptance of Layoffs in First Town Meeting“, in: Korea Newsreview, 24.01. 1998, S. 6f.

⁸² Vgl. Kevin Sullivan, „Korean President-Elect Blames Strongman Rule“, in: International Herald Tribune, 09.01. 1998; Don Kirk, „Kim Warns Koreans of Pain Ahead“, in: International Herald Tribune, 19.01. 1998; Don Kirk, „New South Korea Chief Outlines Economic Plan“, in: International Herald Tribune, 26.02. 1998.

⁸³ Vgl. „Kim Dae Jung Inauguration“, in: KoreaUpdate 9(1998) 2 at: URL: <http://korea.emb.washington.us/> geladen am 04.05. 1998; Mary Jordan/Kevin Sullivan, „Kim Opens ‘New Age’ Of Healing in Korea“, in: International Herald Tribune, 25.02. 1998.

an, sie werde ihre Geschäftsbereiche deutlich reduzieren und fortan nur noch in den Kernbereichen „Elektronik, Finanzen und Dienstleistungen“ tätig sein wollen.⁸⁴

Auf weitere Unterstützung hingegen darf der Präsident aus dem Ausland hoffen. In den USA genießt Kim Dae Jung hohes Ansehen. Einige Beobachter sehen in ihm den „Mandela Asiens“. Diese engen Beziehungen zu den USA werden zusätzlich verstärkt durch die Personalpolitik des Präsidenten. You Yong Kuen, wichtigster Wirtschaftsberater des südkoreanischen Präsidenten, lehrte jahrelang Ökonomie an der Rutgers University und beriet den Gouverneur New Jerseys in Wirtschaftsfragen.⁸⁵

Mit der Kommunalwahl im Juni 1998 ergibt sich für die Partei des Präsidenten zudem die Chance, die Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung zu ihren Gunsten zu verbessern. Sollte der Reformkurs der Partei durch die Wahl auf lokaler Ebene bestätigt werden, so wäre ein Überlaufen weiterer Abgeordneter der ehemaligen Regierungspartei „Grand National Party, wie es bereits Ende April stattfand, wahrscheinlich. Mit einem derzeitigen Defizit von 20 Stimmen könnten sich die Mehrheitsverhältnisse im südkoreanischen Parlament durch einen Zugewinn des DJ-Lagers verschieben und in dieser schwierigen Reformphase zu einer stabilen Regierungsmehrheit führen.⁸⁶

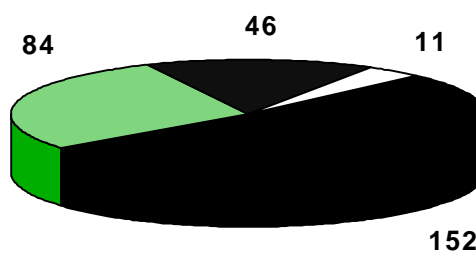
⁸⁴ Vgl. „President Elect Keeps Up Reform Pressure“, in: Korea Newsreview, 24.01. 1998, S. 9f.; „Reluctant Reformists“, in: Economist, 02.05. 1998, S. 60f.; Don Kirk, „Samsung To Focus on a Few ‘Cores’“, in: International Herald Tribune, 07.05. 1998.

⁸⁵ Vgl. Robert Burns, „S. Korea Vote May Spurn N. Korea Talks“, in: AP (Washington), 18.12 1997 zitiert in: NAPSNET Daily Report, 18.12. 1997, S. 1f.; Clay Chandler, South Korea’s President-Elect Shows His Economic Savy“, in: International Herald Tribune, 30.12. 1997; „President Calls For Int’l Support to Overcome Financial Crisis“, in: Korea Newsreview, 04.04. 1998, S. 6f.; Cossa 1998; Scalapino 1997.

⁸⁶ „Reluctant Reformists“, in: Economist, 02.05. 1998, S. 60f.

*Schaubild 2: Mehrheitsverhältnisse in der südkoreanischen Nationalversammlung*⁸⁷

- Grand National Party
152
- National Congress for
New Politics 84
- United Liberal Party
46
- Independent 11



⁸⁷ Stand 30.04. 1998, vgl. Korea Newsreview, 15.-30.04. 1998, in: <http://www.koreanpolitics.com/1998/review/archives04.html> geladen am 19.05. 1998.

4. Die Krisen und ihre Auswirkungen auf die innerkoreanischen Beziehungen

Die in Ursprung und Ausmaß unterschiedlichen Krisen auf der koreanischen Halbinsel haben nachhaltige Auswirkungen auf die Außenpolitiken der beiden koreanischen Staaten. Kurz gesagt bedienen sich derzeit beide Regierungen der Außenpolitik, um innenpolitische Probleme zu lindern, zu lösen oder einfach zu überdecken. So hat der neue südkoreanische Präsident Kim Dae Jung eine aktivere Nordkoreapolitik angekündigt und diese aufgrund der schwierigen Budgetsituation mit drastischen Maßnahmen zur Reduzierung des Militär- und Rüstungshaushaltes verbunden (Umbach 1998, 1998a). Gleichzeitig hat die nordkoreanische Führung gegenüber den USA und Südkorea vermehrt Gesprächsbereitschaft gezeigt, um durch einen Tausch „Geld gegen Gespräche“ die drastische Nahrungsmittelknappheit in Nordkorea zu lindern.⁸⁸

4.1. Gesprächsdiplomatie auf der koreanischen Halbinsel 1996-1998

Pjöngjangs Doppelstrategie zur Regimestabilisierung

Seit dem Abschluß des „Agreed Framework“ im Oktober 1994 werden von Nordkorea wechselweise militärische Provokationen und diplomatische Kontakte zur USA und zunehmend auch zu Japan und Südkorea als Instrumente zur internen Regimestabilisierung eingesetzt. Dies hat die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Allianz zwischen Südkorea und den USA, in der Vergangenheit vor erhebliche Koordinationsprobleme gestellt. Ziel der nordkoreanischen Doppelstrategie ist es, durch die Entspannung mit den USA - einem nachgeordneten Gegner - die Bedrohung durch den primären Gegner, Südkorea, zu vermindern. Die diplomatischen Erfolge des Südens im Rahmen der Nordpolitik, die starke Militärallianz zwischen USA und Südkorea sowie die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung jenseits des 38. Breitengrades, haben das nordkoreanische Regime in den letzten Jahren zunehmend unter Legitimitätsdruck gebracht (Park 1997: 629).

Nach dem Abschluß des "Agreed Framework" im Oktober 1994 schien sich die mit den bilateralen Verhandlungen zwischen Washington und Pjöngjang über den Aufbau diplomatischer Vertretungen und die Rückführung gefallener amerikanischer Soldaten aus dem Koreakrieg begonnene diplomatische Annäherungspolitik Nordkoreas auszuzahlen. Doch die sich stetig verschlechternde Versorgungslage ließ der nordkoreanische Führung Mitte 1995 keine andere Chance, als umfangreiche Nahrungsmittellieferungen aus dem Süden zu akzeptieren. Zudem lehnte der südkoreanische Präsident Kim Young Sam mit Rücksicht auf

⁸⁸ Vgl. Sonni Efron, „Ailing North Korea Is Hanging on Tight As Peace Talks Open“, in: International Herald Tribune, 09.12. 1997; Anne Scheppen, „Gemeinsam in der Schwäche“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12. 1997.

konservative Kritiker und die anstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 1996 weitere Nahrungsmittelhilfe ab, falls der Norden nicht für einen reibungslosen Ablauf der Lieferungen Sorge, sich beim südkoreanischen Volk bedanke und die Aufrüstung grenznaher Einheiten einstelle. Seoul blockierte deshalb auf einem trilateralen Treffen mit japanischen und amerikanischen Regierungsvertretern Ende Januar 1996 auf Hawaii jegliche weitere Nahrungsmittelhilfe, falls der Norden nicht direkte Gespräche mit dem Süden aufnehmen würde.⁸⁹

Vier-Parteien Gespräche - Teil I

Erst der gemeinsame amerikanisch-südkoreanische Vorschlag vom 16. April 1996 für die Abhaltung von 4-Parteien Gesprächen (USA, VR China, Nord- und Südkorea) brachte die bilaterale nordkoreanische Annäherungspolitik mit den USA aus dem Konzept. Der Vorschlag umfaßte zunächst eine quadrilaterale Gesprächsrunde aller vier Parteien ohne Vorbedingungen. Damit sollte aus Sicht der Clinton- und Kim-Administration einer weiteren nordkoreanischen Demontage des Waffenstillstandsregimes vorgebeugt werden. In einer zweiten Gesprächsrunde sollten innerkoreanische Gespräche die Grundlage für eine Umwandlung des bestehenden Waffenstillstandsabkommens in ein abschließendes Friedensabkommen erarbeiten (Kwak/Joo 1997: 7). Das lange Zögern der nordkoreanischen Führung, Stellung zu dem Gesprächsvorschlag zu beziehen, dürfte vor allem auf die chinesische Unterstützung des Vorschlags zurückzuführen sein. Nachdem die chinesische Führung bereits in der Nuklearkrise im Juni 1994 mit den einstigen Kriegsgegnern Südkorea und USA kooperiert hatte, erhöhte dieser neuerliche chinesische Affront den Druck auf das Kim Jong-Il Regime, eine friedliche Verhandlungslösung anzustreben.⁹⁰

Gleichzeitig lockerte der Süden Mitte Juni, nach zaghaften innerkoreanischen Kontakten im Frühjahr in Peking, seine harte Position in der Frage der Nahrungsmittelhilfe.⁹¹ Pjöngjang zeigte sich nun gegenüber Washington in mehreren Streitfragen kooperativer als je zuvor. Im Mai 1996 wurde zwischen Nordkorea und KEDO ein Protokoll über den Aufenthaltsstatus von KEDO-Mitarbeitern vereinbart, das diesen konsularischen Schutz gewährt. Auch in der Frage der Kriegstoten und der nordkoreanischen Raketenexporte gab sich

⁸⁹ Vgl. Shim Jae Hoon, "No Thanks. Seoul resist sending more rice to North Korea", in: Far Eastern Economic Review, 08.02. 1996, S. 29; "Korean Questions", in: International Herald Tribune, 14.02. 1996; „Seoul Puts Its Forces on Heightened Alert“, in: International Herald Tribune, 06.04. 1996.

⁹⁰ Vgl. Andrew Pollack, "Seoul's Acceptance Eases Way on Talks", in: International Herald Tribune, 17.04. 1996; Feng 1997: 138-140; Möller 1996.

⁹¹ Vgl. Nigel Halloway, „Appointment in Beijing“, in: Far Eastern Economic Review, 13.06. 1996, S. 14f.; „North Korea To Get Aid From Tokyo and Seoul“, in: International Herald Tribune, 12.06. 1996.

Pjöngjang nun gesprächsbereit.⁹² Während der Norden seine Teilnahme an den Vierer-Gesprächen von drei Konditionen abhängig machte, signalisierte er im Juli den USA gleichzeitig, daß er, trotz vermehrter südkoreanischer Hilfsangebote,⁹³ ein temporäres Friedensabkommen mit Washington unter Ausschluß Südkoreas den Vier-Parteien-Gesprächen vorziehe.⁹⁴

Der U-Boot-Zwischenfall

Das Stranden eines nordkoreanischen U-Bootes am 18. September und die darauffolgende Suche nach den 26 Besatzungsmitgliedern führte zum Abbruch aller diplomatischen Bemühungen.⁹⁵ Ein Mitarbeiter der Clinton-Administration ließ sich mit den Worten zitieren:

"They owe us some good behavior so we can continue to engage them. Now we're going to have to put any dialogue with them on ice for a while. This was just dumb."⁹⁶

Während die nordkoreanische Führung technische Schwierigkeiten für das "Abdriften" des U-Bootes verantwortlich machte und die Südkoreaner beschuldigte, unschuldige Soldaten getötet zu haben, erklärte der südkoreanische Präsident, daß es keinerlei Kontakte oder Hilfslieferungen geben werde, solange die Nordkoreaner sich nicht entschuldigten und versicherten, daß dergleichen nicht wieder vorkäme.⁹⁷ Ende Oktober stellte das Atomkonsortium KEDO auf Drängen Seouls vorübergehend seine Kontakte mit dem Norden ein.⁹⁸ Kurz nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen bekräftigte der südkoreanische Präsident Kim Young Sam abermals seine kompromißlose Haltung gegenüber

⁹² Vgl. Nicholas D. Kristof, „Avoiding 'the Worst' in North Korea“, in: International Herald Tribune, 08./09. 07. 1996.

⁹³ Vgl. John Burton, „Seoul seeks to entice North to peace talks“, in: Financial Times, 29.04. 1996; Christian Schubert, „Die innerkoreanische Grenze öffnet sich, aber nur einen Spalt weit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.06. 1996.

⁹⁴ Vgl. "North Korea Asks U.S. For an Interim Accord", in: International Herald Tribune, 26.07. 1996; Kevin Murphy, "South Korea Widens Bid To Assist The North", in: International Herald Tribune, 18.08. 1996; Kwak/Joo 1997: 7.

⁹⁵ Vgl. Nicholas D. Kristof, "South Korea Hunts Down Infiltrators From North", in: International Herald Tribune, 19.09. 1996; Nicholas D. Kristof, "South Korean Troops Kill 7 Infiltrators As Tension Escalates", in: International Herald Tribune, 20.09. 1996.

⁹⁶ Zitiert nach Kevin Sullivan/Mary Jordan, "North Korea Shows Two Faces", in: Guardian Weekly, 29.09. 1996.

⁹⁷ Vgl. Kevin Sullivan, "North Cranks Up Tension on Koreas", in: International Herald Tribune, 03. 10. 1996; Shim Jae Hoon, "Submarine Shocker", in: Far Eastern Economic Review, 03.10. 1996, S. 18.

⁹⁸ Vgl. "Nuklearabkommen mit Nordkorea vor Härtetest", in: Neue Zürcher Zeitung, 23.10. 1996; Shim Jae Hoon, "Hard-Line Headache", in: Far Eastern Economic Review, 07.11. 1996, S. 32.

der nordkoreanischen Führung.⁹⁹ Die Spannungen auf der Halbinsel erhöhten sich daraufhin abermals, als die offizielle nordkoreanische Nachrichtenagentur (KCNA) meldete, daß Nordkorea sich außerstande sehe, sein Nuklearprogramm "eingefroren" zu belassen.¹⁰⁰

Diese Phase hoher militärischer und diplomatischer Spannung konnte erst im Laufe des Winters 1996/97 beigelegt werden. Nach einer Aufforderung des südkoreanischen und amerikanischen Präsidenten am Rande des APEC-Gipfels in Manila, die Spannungen auf der Halbinsel zu reduzieren, signalisierte der Norden Ende November 1996 durch die Freigabe des jungen Missionars Evan Hunzikers Entgegenkommen.¹⁰¹ Schließlich erklärte die nordkoreanische Führung am 29. Dezember ihr "tiefes Bedauern" über den U-Boot-Zwischenfall und versicherte, daß derartiges nicht wieder vorkommen werde. Am 30. Dezember eröffnete der Norden neue Perspektiven für einen Fortgang des innerkoreanischen Friedensprozeß, indem es seine Beteiligung an Sondierungsgesprächen für die Vier-Parteien-Gespräche erklärte. Am gleichen Tag überführte der Süden die sterblichen Überreste der 26 Soldaten des Infiltrationskommandos, die in einer beispiellosen 'Menschenjagd' z. T. erschossen, z. T. durch Selbstmord zu Tode gekommen waren.¹⁰²

Die Doppelstrategie Pjöngjangs zahlte sich abermals aus. Im Gegenzug für die öffentliche Bedauernsbekundung - die wenig später praktisch wiederrufen wurde (Kwak/Joo 1997: 9) - erhielt der Norden die amerikanische und südkoreanische Zusage, die Nahrungsmittelhilfen für Nordkorea wieder aufzunehmen.¹⁰³ Trotz des Scheiterns der Verhandlungen zwischen der nordkoreanischen Führung und der Firma U.S. Cargill Inc. über die Bedingungen des Lebensmitteltauschhandels Ende Januar und der Flucht des Chefideologen Hwang am 12. Februar hielten beide koreanischen Staaten an den bestehenden Vereinbarungen über die Nahrungshilfe und den Fortgang des Leichtwasserreaktorenprogramms fest. Zudem kündigten Seoul und Washington Ende Februar weitere Nahrungsmittelhilfen durch das World Food Program (WFP) an.¹⁰⁴

⁹⁹ Vgl. Kevin Sullivan, „Seoul Demands North Korean Apology“, in: International Herald Tribune, 09./10.11. 1996.

¹⁰⁰ Vgl. "North Korea Warns on 'Freeze'", in: International Herald Tribune, 16./17. 11. 1996; "Nordkorea will Atomprogramm fortsetzen", in: Neue Zürcher Zeitung, 16./17.11. 1996.

¹⁰¹ Vgl. "North Korea Told To Ease Tensions", in: International Herald Tribune, 25.11. 1996; Kevin Sullivan, "American's Foray Ends As Pyongyang Frees Him", in: International Herald Tribune, 28.11. 1996; Koh 1997: 8.

¹⁰² Vgl. Nicholas D. Kristof, "North Korea Voices 'Deep Regret' Over Submarine Episode", in: International Herald Tribune", 30.12. 1996; Nicholas D. Kristof, "Seoul Returns Remains Of Northern Infiltrators", in: International Herald Tribune, 31.12. 1996, Kwak/Joo 1997: 8.

¹⁰³ Vgl. Shim Jae Hoon/Nigel Holloway, "Forced Apology“, in: Far Eastern Economic Review, 09.01. 1997, S. 15f.

¹⁰⁴ Vgl. "In Korean Crisis, North and South Appear Ready to Lower the Tension", in: International Herald Tribune, 18.02. 1997; "Seoul Announces \$6 Mil. Food Aid To Pyongyang through UN Program", in: Korea Times, 20.02. 1997. Der Tauschhandel zwischen Cargill und Nordkorea kam nach weiteren

Vier-Parteien-Gespräche - Teil II

Die Beilegung der Hwang-Affäre¹⁰⁵ und die Aufstockung der Nahrungsmittelhilfe führten nach fast einjähriger Verzögerung zu ersten konkreten Gesprächen bei der Umsetzung des Vier-Parteien-Gesprächsvorschlages von US-Präsident Clinton und Südkoreas Präsident Kim Jong Sam. Am 5. März traten Vertretern der beiden Koreas sowie der USA nach langen Vorverhandlungen zu einem "Informationsgespräch" zusammen.¹⁰⁶ Wenig später hob die südkoreanische Regierung, trotz der Provokationen an der demilitarisierten Zone, den seit Sommer 1995 bestehenden Bann für private Reis-Hilfslieferungen auf, ohne jedoch auf die nordkoreanische Forderung nach weiterer Nahrungsmittelhilfe und der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen als Vorbedingungen für eine Teilnahme an den 4-Parteien-Gesprächen einzugehen.¹⁰⁷ Auch die amerikanische Seite signalisierte, daß sie ihre bilateralen Gespräche und Hilfsaktionen unabhängig von den nordkoreanischen Forderungen nach weiterer Hilfe fortsetzen werde.¹⁰⁸ Nach einer Verhandlungsunterbrechung im April reiste der damalige Abgeordnete im Repräsentantenhaus und heutige UN-Botschafter der USA, Bill Richardson, Ende Mai nach Pjöngjang, um die nordkoreanische Führung durch eine informelle Zusage für weitere Nahrungsmittelhilfe zu einer positiven Reaktion auf den Vier-Parteien-Gesprächsvorschlag zu bewegen.¹⁰⁹

Am 30. Juni traten die Drei-Parteien (USA und die beiden Koreas) zu weiteren Gesprächen zusammen. Die nordkoreanische Gesprächstaktik zielte mit ihrer Forderung nach "3+1-Gesprächen" im Vorfeld der Vierer-Konsultationen auf eine Verbesserung ihrer Verhandlungsposition gegenüber Seoul und Washington ab. Damit sollte die Beteiligung Pjöngjangs an den Vierer-Gesprächen zur "Auslösung" weiterer Nahrungsmittelhilfe und

Verhandlungen schließlich Anfang April zustande, vgl. „Grim Deal for Starving North Korea“, in: International Herald Tribune, 09.04. 1997.

¹⁰⁵ Hwang wurde nach einer kurzen Frist in Peking für einen Zwischenaufenthalt auf die Philippinen und dann nach Seoul gebracht, vgl. Kevin Sullivan, "In Seoul, Defector Warns of War", in: International Herald Tribune, 21.04. 1997; sowie die detaillierte Darstellung bei Cotton 1998.

¹⁰⁶ Vgl. Kevin Sullivan, „North Korea Will Attend U.S. Briefing On Peace Talks“, in: International Herald Tribune, 22.02. 1997; Nigel Holloway, „Forced to the Table“, in: FEER, 20.03. 1997, S. 16; R. Jeffrey Smith, "North and South Korea Discuss Talks to End War", in: International Herald Tribune, 06.03. 1997.

¹⁰⁷ Vgl. „North Korea Seeks Pledge Of Food Aid Before Talks“, in: International Herald Tribune, 28.03. 1997; Kevin Sullivan, "In 'Good-Faith Signal' to North, Seoul Lifts Ban on Rice Donations", in: International Herald Tribune, 01.04. 1997.

¹⁰⁸ Vgl. Brian Knowlton, „U.S. Raises Korean Aid Amid Fears Of Famine“, in: International Herald Tribune, 16.04. 1997; „U.S. To Continue Food Aid“, in: International Herald Tribune, 24.04. 1997.

¹⁰⁹ Vgl. „Pyongyang Wants Pledge Of Food Aid“, in: International Herald Tribune, 18.04. 1996; Michael Dobbs, „North Korea Bids for More Food as Talks Stall in N.Y.“, in: International Herald Tribune, 23.04. 1996; Nicholas D. Kristof, „Clinton Proxy's Mission: Get North Korea to Talks“, in: International Herald Tribune, 25./26.05. 1996; R. Jeffrey Smith, „U.S. Will Give Food Aid to North Korea“, in: International Herald Tribune, 08./09. 06. 1996.

wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen genutzt werden.¹¹⁰ Eine offizielle Verbindung zwischen Gesprächsteilnahme und Hilfslieferungen konnte der Norden jedoch bis zum Herbst 1997 nicht erwirken.¹¹¹ Zwar traf sich der stellvertretende US-Außenminister Charles Kartman Anfang September inoffiziell mit nordkoreanischen Vertretern in Peking und wenig später trafen medizinische Hilfsgüter der privaten Hilfsorganisation "AmeriCares" im Werte von 8 Mio. US\$ per Flugzeug in Pjöngjang ein.¹¹² Doch eine direkte Verbindung von Nahrungsmittelhilfe und Verhandlungsbeteiligung lehnen die Regierungen in Washington und Seoul weiterhin ab.¹¹³ Ebenfalls abgelehnt haben die beiden verbündeten Regierungen die Forderung Pjöngjangs nach der Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den USA und der DVRK im Vorfeld der Verhandlungen über einen Friedensvertrag zwischen den beiden koreanischen Staaten.¹¹⁴

Vierer-Gespräche - Teil III: die Verhandlungen in New York und Genf

Nach den seit März 1997 unter Ausschluß Chinas stattfindenden Vorgesprächen traten Vertreter der vier Parteien Mitte August zu ersten formellen Vorverhandlungen über Beginn, Ort, Zusammensetzung und Gegenstand der Vierer-Gespräche in New York zusammen. Erste Anzeichen auf einen schwierigen Verhandlungsverlauf ergaben sich, als die chinesische Delegation, nach bilateralen Gesprächen mit Vertretern des Südens und der USA, verlauten ließ, daß sie in den Vierer-Gesprächen die Rolle "eines Maklers" (brokers) einnehmen werde. Dies war offensichtlich eine Reaktion der chinesischen Führung auf die bisherige Verhandlungsposition Nordkoreas, die durch das „3+1-Format“ einer Mitwirkung Pekings zunächst enge Grenzen wollte.¹¹⁵

Eine zweite Vorverhandlungsrunde wurde am 19. September abgebrochen nachdem der nordkoreanische Vertreter forderte, den Abzug der US-Truppen aus Südkorea und den

¹¹⁰ Vgl. Nigel Holloway, „Politics of Famine“, in: FEER, 01.05. 1997, S. 14-16; „Dreier-Verhandlungen mit Nordkorea beginnen in New York“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06. 1997; Yun Duk-Min, "Truth About '3+1' Talks“, in: Korea Focus 5(1997) 3, S. 140-142.

¹¹¹ Vgl. R. Jeffry Smith, „U.S. Faces Diplomatic Challenge in UN Food Appeal for North Korea“, in: International Herald Tribune, 07.02. 1997; "Progress On Korean Peace Talks", in: International Herald Tribune, 17.04. 1997; "North Korea Skips Another N.Y. Session, International Herald Tribune, 22.04. 1997.

¹¹² Vgl. Rhee Sang-woo, Washington-Pyongyang 'Direct Deals', in: Korea Focus, 5(1997) 5, S. 101-104, hier S. 101.

¹¹³ Auch die japanische Regierung lehnte ein "Angebot" des Nordens ab, im Gegenzug für eine Mio. t Reis Heimatbesuche von in Nordkorea lebenden Japanerinnen zuzulassen, vgl. Mary Jordan, „Japan, Blind to North Korea, Hoards Its Rice“, in: International Herald Tribune, 25.03. 1997; "Japan Rejects Pyongyang Offer", in: International Herald Tribune, 24.05. 1997.

¹¹⁴ Vgl. "North Korea Pushes for U.S. Relations", in: International Herald Tribune, 25.04. 1997; Selig S. Harison, "Get a 'Food for Peace' Deal With North Korea", in: International Herald Tribune, 14.05. 1997.

¹¹⁵ Vgl. Tony Emerson, "The Lords of Peace", in: Newsweek, 18.08. 1997, S. 29f.

Abschluß eines bilateralen Friedensabkommens zwischen den USA und der DVRK (unter Ausschluß Südkoreas) auf die Agenda der Vierer-Gespräche zu setzen.¹¹⁶ Am 21. November verständigten sich die vier Parteien nach weiteren Vorgesprächen darauf, eine erste formelle Verhandlungsrunde am 9. Dezember in Genf abzuhalten.¹¹⁷ Wenig später trafen der stellvertretende US-Außenminister Kartman und sein nordkoreanischer Amtskollege Kim Gye-gwan erstmals im State Department in Washington DC zu bilateralen Gesprächen zusammen.¹¹⁸

Das erste formale Vier-Parteien-Gespräch am 9. und 10. Dezember unter der Schirmherrschaft der Schweizer-Regierung in Genf wurde von dem Bemühen aller Parteien geprägt, keine allzu großen Erwartungen zu wecken.¹¹⁹ Während die nordkoreanische Delegation auf Verhandlungen über den Abzug der US-amerikanischen Truppen aus dem Süden bestand, machte der US-Verhandlungsführer deutlich, daß die Clinton-Administration eine weitere Lockerung der Wirtschaftssanktionen gegen den Norden von der Vereinbarung konkreter „vertrauensbildender Maßnahmen“ (Manövergröße, Manöverbeobachter etc.) abhängig machen würde. Unter der Leitung des stellvertretenden US-Außenministers Stanley Roth verständigten sich die Delegationen auf ein weiteres formelles Vierer-Gespräch am 16. März in Genf, das durch ein Arbeitstreffen Mitte Februar in Peking vorbereitet werden sollte.¹²⁰

Zum Jahreswechsel 1997/98 hatten sich damit die politischen und militärischen Beziehungen auf der koreanischen Halbinsel stabilisiert. Die Nahrungsmittelkrise in Nordkorea ist jedoch trotz des erfolgreichen Einsatzes des Roten Kreuzes Ende Mai 1997 und der daraufhin anlaufende internationale Hilfe nicht erfolgreich eingedämmt worden.¹²¹ Es besteht

¹¹⁶ Vgl. Kim Kyung Won, Purposes of Four-Party Talks, in: Korea Focus 5(1997) 5, S. 108-110.

¹¹⁷ Vgl. Reuters, "Albright Says Korea Talks Possible Next Month", 31.11. 1997 zitiert in: NAPSNET Daily Report, 13.11. 1997, S. 2; Reuters, "Agreement Reached On Korea Peace Talks", 21.11. 1997 zitiert in: NAPSNET Daily Report, 21.11. 1997, S. 2f; Cossa 1997a.

¹¹⁸ Vgl. George Gedda, "U.S. North Korea Hold Talks", Associated Press, 26.11. 1997 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 26.11. 1997, S. 2.

¹¹⁹ Vgl. Sonni Efron, „Ailing North Korea Is Hanging on Tight As Peace Talks Open“, in: International Herald Tribune, 09.12. 1997; Anne Scheppen, „Gemeinsam in der Schwäche“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12. 1997.

¹²⁰ Vgl. „Four-Party Peace-Talks“, in: NAPSNET Daily Report, 08.12. 1997; Alexander Higgins, „North, South Korea Open Peace Talks“, AP Geneva, 09.12. 1997; „Korea Talks Open The Way“, in: International Herald Tribune, 11.12. 1997; „Press Event on the Four Party Talks“, NAPSNET Special Report, December 11, 1997, in: <http://www.nautilus.org> geladen am 12.12. 1998.

¹²¹ Vgl. Tony Walker/John Burton, "Food Accord lifts hopes for Korea talks", in: Financial Times, 27.05. 1997; Nach einem gemeinsamen Bericht der FAO und des WFP vom November 1997 konnte die chronische Unternährung in Nordkorea zumindest eingedämmt werden, vgl. „FAO: North Korea 1997 Maize Output Lowest On Record“, in: AP-Dow Jones New Services, 26.11. 1997, zitiert nach NAPSNET Daily Report, 26.11. 1997, S. 2f.

weiterhin eine massive Unterversorgung mit Medikamenten, Nahrungsmitteln und Kleidung in weiten Teilen des Landes.¹²²

Die Implementierung des "Agreed Framework" erscheint im Frühsommer 1998 von der politischen und wirtschaftlichen Situation in Nordkorea und den diplomatischen Verhandlungen zwischen Pjöngjang und der Außenwelt abgekoppelt. Nach der Eröffnung eines KEDO-Büros und dem Spatenstich für die beiden Leichtwasserreaktoren auf dem Gelände in Sinpo im Herbst 1997 befindet sich das Nuklearabkommen weitgehend innerhalb des vereinbarten Zeitplanes.¹²³ Nach Aussagen des amerikanischen Außenministeriums ist die Finanzierung des KEDO-Projektes durch die finanzielle Krise in Südkorea und Japan bisher nicht gefährdet. Dennoch ist angesichts der asiatischen Finanzkrise eine ernsthafte Debatte unter den Partnern darüber entstanden, ob die Kosten für das Projekt - insbesondere die Schweröllieferungen - neu oder anders zeitlich gestaffelt verteilt werden sollen. Eine Gefährdung des Projekts im zweiten Halbjahr 1998 kann daher nicht mehr ausgeschlossen werden.¹²⁴

Mitte Mai kündigte das nordkoreanische Außenministerium in diesem Zusammenhang an, es werde einige Wartungsarbeiten an dem stillgelegten Reaktor vornehmen lassen. Auch eine Wiederaufnahme des Betriebs wurde nicht ausgeschlossen. Gleichzeitig ließ der Norden jedoch erkennen, daß er die bisher reibungslose Implementierung des Rahmenabkommens wieder aufnehmen werde, wenn die USA bzw. KEDO die in diesem Jahr bisher rückständige Lieferung von Schweröl zügig durchführen werde.¹²⁵

¹²² Vgl. „World Food Program Emergency Report No. 15 of 1998“, in: <http://www.notes.reliefweb.int/We...9c4c12565e8002ccde5e?Opendocument> geladen am 17.04. 1998.

¹²³ Vgl. Stephen Bosworth, Korean Peninsula: Pragmatic Multilateralism Is Working“, in: International Herald Tribune, 26.03. 1997; "Atomkonsortium nimmt Arbeit in Nordkorea auf", in: Neue Zürcher Zeitung, 29.07. 1997; "Erster Spatenstich für zwei Kernreaktoren in Nordkorea", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.08. 1997; Cossa 1997; ferner US Dept of Defense 1997: 5.

¹²⁴ Vgl. „State Department Noon Briefing, Washington USIA, Transcript, 12/2/97“, in: NAPSNET Daily Report, 04.12. 1997, S. 2; „Korea Talks Open the Way“, in: International Herald Tribune, 11.12. 1997; „Nächste Gesprächsrunde im März“, in: Neue Zürcher Zeitung, 11.12. 1997; Barton Gellman, „U.S., Allies Struggling To Fulfill N. Korea Pact“, in: Washington Post, 02.05. 1998; Steven Erlanger, „U.S. Squeezes Allies To Help North Koreans On Fuel Costs“, in: New York Times, 02.05. 1998; „KEDO Lowers Nuke Reactor Cost To \$ 4.5 Billion“, in: Korea Times, 18.05. 1998.

¹²⁵ Vgl. für erste nordkoreanische Drohungen sein Atomprogramm wieder zu starten: „N. Korea Warns May Restart Nuke Program“, in: UPI (Tokyo), 08.05. 1998 zitiert in NAPSNET DAILY Report, 08.05. 1998, S. 1f.; Elisabeth Rosenthal, „In a Taunt at U.S., North Korea Suspends Nuclear Freeze Agreement“, in: International Herald Tribune, 14.05. 1998; Kevin Sullivan, „Experts Doubt North Korea's Nuclear Taunt“, in: International Herald Tribune, 15.05. 1998.

Wiederbelebung des innerkoreanischen Dialogs

Der innerkoreanische Dialog hat bisher von der Doppelkrise auf der koreanischen Halbinsel profitiert. Seit dem Jahreswechsel 1997/98 erhielt er eindeutige und positive Impulse durch die Krisen der beiden koreanischen Staaten. Unter dem Eindruck der Finanzkrise hat der neue südkoreanische Präsident Kim Dae Jung eine neue, erfolgversprechende Nordpolitik eingeschlagen.¹²⁶ Sie ist für die absehbare Zukunft eindeutig auf die friedliche Koexistenz der beiden koreanischen Staaten abgerichtet. Südkorea, da sind sich Regierung, Bevölkerung und alle politischen Beobachter einig, kann sich derzeit keine Wiedervereinigung leisten. In einem Radiointerview machte der designierte Präsident Kim Dae Jung kurz vor seiner Amtseinführung deutlich:

„The South Korean economy is not strong enough to afford this problem. But I think if we succeed to realize good relations with North Korea for peace and exchanges, then as we are in the race, in 10 years or so we can enter the first stage of unification.“¹²⁷

Dennoch bleibt die südkoreanische Regierung, aufgrund der innen- und wirtschaftspolitischen Kalamitäten, an Erfolgen in der Außenpolitik interessiert. Dies gilt insbesondere für die stark emotionalisierten innerkoreanischen Beziehungen.¹²⁸

Die wiederholten internationalen Hilfsgesuche haben der Führung in Pjöngjang andererseits gezeigt, daß ein starkes und stetiges Engagement nur von Südkorea erwartet werden kann. Wenn auch nur psychologisch, hat die durch die Finanzkrise erzwungene südkoreanische ‘Abrüstung’ das Gesprächsklima zwischen beiden Staaten verbessert. Allerdings muß der als „moderat gegenüber Nordkorea“ geltende südkoreanische Präsident Kim Dae Jung schon aus innenpolitischen Gründen jeder militärische Provokation des Nordens entgegentreten.¹²⁹

Unter diesen Rahmenbedingungen startete der Norden kurz vor der Inauguration Kim Dae Jungs eine Gesprächsinitiative, die parallel zu den im März stagnierenden Vier-Parteien-Gesprächen dem Norden einen weiteren Kanal für Nahrungsmittelhilfeliieferungen öffnen helfen

¹²⁶ Das Programm hatte er als Kandidat bereits angekündigt: vgl. Scalapino 1997; Nicholas D. Kristof, „Kim Favors Summit With North Korea“, in: International Herald Tribune, 20.12. 1997.

¹²⁷ Zitiert nach „South Korean Leader: Don’t Expect Reunification Soon“, in: Reuters (Seoul), 23.02. 1998 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 24.02. 1998, S. 2.

¹²⁸ Vgl. Peter Sturm, „Wiedervereinigung wird zurückgestellt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01. 1998.

¹²⁹ Vgl. Kevin Sullivan, „South Korean Meltdown Leaves the North Short of Words“, in: International Herald Tribune, 07.01. 1998; Scott Snyder, „Two Koreas and their Progress Toward Peace“, in: Washington Post, 23.02. 1998.

sollte.¹³⁰ Von südkoreanische Seite wurde die Initiative mit der Ankündigung von Erleichterungen im Handels- und Investitionsbereich beantwortet. Gleichzeitig hob die neue südkoreanische Regierung ein Junktim der bisherigen südkoreanischen Nordpolitik auf, nach der die Beziehungen der wichtigsten Alliierten, der USA und Japans, zu Nordkorea keinesfalls die innerkoreanischen Beziehungen überflügeln dürften.¹³¹

Ein Versuch der südkoreanischen Seite, die innerkoreanische Gesprächsinitiative durch eine „Sechs-Parteien-Erklärung zum Frieden auf der koreanischen Halbinsel“ mit den Vier-Parteien-Gesprächen zu verbinden, scheiterte jedoch Mitte Februar am nordkoreanischen Veto.¹³² Im Rahmen der Genfer Vier-Parteien-Gespräche unterbreitete der nordkoreanische Unterhändler Li Gun dann am 18. März ein direktes Gesprächsangebot an den Süden, das erste direkte Gespräch seit vier Jahren.¹³³ Kurz darauf kam es zu Gesprächen von Vertretern der beiden nationalen Rote-Kreuz-Organisationen und Ende März hob das südkoreanische Vereinigungsministerium die verbliebenen Investitionsbarrieren für Nordkorea mit der Ausnahme von militärischen und strategischen Gütern auf.¹³⁴

Nachdem die südkoreanische Regierung dem Gesprächsangebot Anfang April zugestimmt hatte, kam es vom 11. bis 18. April zu einer Reihe von Treffen zwischen hochrangigen Vertretern beider Seiten in Peking.¹³⁵ Im Stil der Brandtschen Ostpolitik wurde von südkoreanischer Seite das Thema der menschlichen Erleichterungen und Familienzusammenführung auf die Tagesordnung gesetzt.¹³⁶ Die nordkoreanische Seite bestand ihrerseits auf eine Nothilfelieferung von Düngemitteln zur Sicherung der Ernte 1998. Beide Seiten konnten sich jedoch nicht einigen, ob und wie diese moderaten Ziele miteinander

¹³⁰ Vgl. Mary Jordan, „North Korea Offers Thaw In Relations With South“, in: International Herald Tribune, 13.02. 1998; „Nordkorea fordert Konföderation mit dem Süden“, in: Neue Zürcher Zeitung, 14./15. 02. 1998.

¹³¹ Vgl. Don Kirk, „On South Korea’s Horizon, More Trade With North“, in: International Herald Tribune, 02.03. 1998.

¹³² Vgl. „N. Korea Calls Six-Nation Peace Declaration ‘Silly’“, in: AP Dow-Jones News Service (Seoul), 20.02. 1998 zitiert in: NAPSNET Daily Report, 20.02. 1998, S. 2.

¹³³ Vgl. Elif Kaban, „North Korea Invites South To Direct Talks“, in: Reuters (Geneva), 18.03. 1998 zitiert in NAPSNET Daily Report, 18.03. 1998, S. 2; Chon Shi-yong, „DPRK Willing To Reopen South-North Talks; North Delegate At Geneva meeting Tells Seoul Official“, in: Korea Herald, 19.03. 1998.

¹³⁴ Vgl. Kim Ji-soo, „North Korean Contacts To Be Expanded“, in: Korea Newsreview, 21.03. 1998, S. 8f.; Sang-Hun Choe, „Korean Investment May Be Opened“, in: AP, 27.03. 1998 zitiert in: NAPSNET Daily Report, 27.03. 1998, S. 2.

¹³⁵ Vgl. Sonni Efron, „South Korea’s President Agrees To Talks With North“, in: Los Angeles Times, 06.04. 1998.

¹³⁶ Vgl. Robin Bulman, „S. Korea To Push Family Reunification At Talks“, in: Reuters, 10.04. 1998 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 10.04. 1998, S. 2; Mary Jordan, „Aging Koreans Hope to See Their Relatives“, in: Washington Post, 15.04. 1998; Kim Ji-soo, „South Calling for Family Reunion Center“, in: Korea Newsreview, 18.04. 1998, S. 6f.

verknüpft werden konnten.¹³⁷ Trotz eines erneuten nordkoreanischen Gesprächsangebots vom 18. April erscheint eine Wiederaufnahme der innerkoreanischen Gespräche in näherer Zukunft ungewiß.¹³⁸

4.2. Mittel- und langfristige Szenarien für die innerkoreanischen Beziehungen

Mittel- und langfristig lassen sich daher vier unterschiedliche Szenarien für den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel identifizieren. Neben den internen Bedingungen auf der Halbinsel müssen hier auch die Politiken der umliegenden und interessierten Großmächte mit in Betracht gezogen werden, wenn man die Eintrittswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Szenarien ermessen will.

"Erweiterter Status-Quo"

In einem ersten Szenario verbessern sich die innerkoreanischen Beziehungen über einen langen Zeitraum nur unwesentlich. Es stützt sich auf die Annahme, daß die nordkoreanische Strategie der partiellen Öffnung gegenüber den USA, Südkorea und Japan zur Erlangung von Wirtschafts- und Lebensmittelhilfe erfolgreich sein wird. In diesem Szenario bleibt die Rolle Südkoreas, und damit auch die Chance des Nordens, umfangreiche Transferzahlungen zu erwirken, beschränkt. Geht man davon aus, daß das Kim Jong-Il Regime die politische und soziale Situation auf niedrigem Niveau weiterhin stabil halten kann, so sprechen auch die Stabilitätsinteressen aller umliegenden Mächte (VR China, Japan, Russische Föderation und USA) sowie die fortdauernden ökonomischen Schwierigkeiten Südkoreas für die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios.

"Soft-landing"- Variante I und II

Das "Soft-landing-Szenario" geht grundsätzlich von einem langsamen Niedergang des nordkoreanischen Regimes aus. Das bestehende dynastische Kim Jong-Il Regime wird durch eine pragmatische, ideologisch ungebundene Militärherrschaft ersetzt, die das Land für Kontakte und ausländische Direktinvestitionen öffnet ohne jedoch seine Machtposition aufzugeben. Eine langsame Transformation des gesellschaftlichen und politischen Systems Nordkoreas, wie sie in Südosteuropa (Rumänien, Albanien) zu beobachten ist, wäre ein mögliches Resultat. Wesentlicher Motor für die Transformationsentwicklung in diesem

¹³⁷ Vgl. „No Progress in Korea Talks“, in: Reuters (Beijing), 15.04. 1998 zitiert in: NAPSNET Daily Report, 15.04. 1998, S. 2; Paul Eckert, „Korea Negotiators Fail To Reopen Stalled Talks“, in: Reuters (Beijing), 16.04. 1998 zitiert in NAPSNET Daily Report, 16.04. 1998, S. 2; Erik Eckholm, „Talks Between 2 Koreas Collaps in Mutual Blame“, in: New York Times, 19.04. 1998; Kim Ji-soo, „Inter-Korean Talks End With No Accord“, in: Korea Newsreview, 25.04. 1998, S. 10f.

¹³⁸ Vgl. Don Kirk, „North Korea Reaches Out To The South“, in: International Herald Tribune, 30.04. 1998.

Szenario ist die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die zweite Variante des "Soft-landing-Szenarios" sieht eine schnelle Systemtransformation, vergleichbar mit der deutschen Vereinigung, vor. Elitendissens und das Verhalten der auswärtigen Mächte sind Grundbedingungen für dieses Szenario. Der friedliche und relativ geordnete Charakter der Transformation läßt diese Entwicklung, insbesondere für politische Entscheidungsträger, als wünschbar erscheinen, wobei der zeitliche Ablauf nicht mit der Wiederbelebung der südkoreanische Wirtschaft kollidieren dürfte. Diese Entwicklung erscheint jedoch eher unwahrscheinlich, da die südkoreanische Krise den Willen und die Bereitschaft des Südens für eine solche Transformation erheblich reduziert haben.

"Hard-landing" - Variante I und II

Obwohl weniger wahrscheinlich, muß die Möglichkeit eines gewaltsamen Umbruchs in das politische Kalkül miteinbezogen werden. In der ersten, schnellen Variante kommt es durch ein im Überlebenskampf befindliches nordkoreanisches Regime zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südkorea unter Beteiligung der USA. Die Beteiligung Chinas an einem solchen bewaffneten Konflikt erscheint möglich, aber nicht zwangsläufig. Die Verhinderung einer solchen Entwicklung steht im Vordergrund der Politiken aller beteiligten Großmächte. Die Abschreckungsfunktion der amerikanischen und südkoreanischen Truppen auf der Halbinsel soll dies primär gewährleisten. Ergänzt wird diese durch die diplomatische und politische Strategie des "Engagement" gegenüber Nordkorea (Bradshaw/Kim 1997: 101-107).

Die zweite Variante des "Hard-landing-Szenarios" geht von einem kurzfristigen Zusammenbruch der internen Macht- und Unterdrückungsstrukturen des Regims in Pjöngjang aus. Zwar ist diese Option weniger gewalttätig als die erste Variante, es kommt jedoch zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit Hunderttausenden von Flüchtlingen.¹³⁹ Alle umliegenden Mächte wären direkt oder indirekt (U.S.-Truppen) von den Migrationsströmen betroffen. Begrenzte Militäraktionen gegen Flüchtlingsboote könnten sehr schnell zu Auseinandersetzungen zwischen den betroffenen Staaten, insbesondere Japan und Südkorea, führen. Während beide "Hard-Landing-Szenarien" derzeit wenig wahrscheinlich erscheinen, bedarf deren Vermeidung jedoch der kontinuierlichen Koordination der beteiligten Staaten.

"Friedliche Vereinigung durch Verhandlung"

Unwahrscheinlich ist derzeit auch die Beilegung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel durch Verhandlungen. Umfangreiche vertrauensbildende Maßnahmen und die

¹³⁹ Zum jüngsten Bericht des südkoreanischen Wiedervereinigungsministeriums zur Flüchtlingsproblematik, vgl. „Report On North Korea Refugee Scenario Released“, in: Korea Herald, 03.12. 1997.

Demokratisierung des Nordens erscheinen in diesem Szenario als Vorbedingung der friedlichen Konfliktlösung. Eine langwierige Annäherung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen beider koreanischer Staaten müßte folgen. Derzeit gibt es keine Anhaltszeichen für eine Entwicklung eines solchen Szenarios im Norden, gleichzeitig erscheinen die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen im Süden ungewiß.

5. Perspektiven einer koreanischen Wiedervereinigung bis zum Jahr 2000

Der Prozeß der Vereinigung der beiden koreanischen Staaten hat mit der politischen und wirtschaftlichen Krise Nordkoreas seit Anfang der 1990er Jahre begonnen. Die externen systemstabilisierenden Faktoren der Allianzbeziehungen zu Rußland und der Volksrepublik China sind weitgehend weggebrochen. Interne Systemstabilisierungsversuche können (ergänzt durch auswärtige Kontakte) den Niedergang der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung mittelfristig aufschieben, langfristig aber nicht aufhalten. Die Öffnung des Nordens für Kontakte mit dem Ausland, wie sie durch den Beitritt zu den Vereinten Nationen, den innerkoreanischen „Grundlagenvertrag“ vom Dezember 1991 und das "Agreed Framework" bestehen, bilden neben dem "Waffenstillstandsabkommen" von 1953 und den jetzt angelaufenen Vier-Parteien-Gesprächen die Rahmenbedingungen für den weiteren Verlauf des Vereinigungsprozesses. Zwar erhalten die umliegenden Staaten durch diese partielle Öffnung eine Möglichkeit, auf die Entwicklung in Nordkorea einzuwirken, doch ein kurzfristiger Kollaps des Regimes ist 1998 aufgrund der bestehenden innen- und außenpolitischen Bedingungen nicht zu erwarten.

Für die interne Situation in Nordkorea zeigt das Beispiel der Nahrungsmittelhilfe, daß die nordkoreanische Regierung sehr wohl in der Lage ist, die schwierige Situation im Lande durch die Erpressung internationaler Hilfe zeitweilig zu stabilisieren. Außerdem ist trotz der massiven wirtschaftlichen Probleme - die Nahrungsmittelsituation nur ein Teil der tiefgreifenden strukturellen Krise - derzeit keine organisierte Opposition erkennbar, die das Regime in irgendeiner Form gefährden könnte. Der Aufstieg der Militärs in der Führung des Landes läßt zwar einen Militärputsch mittelfristig möglich erscheinen, doch auch eine solche Entwicklung dürfte zunächst keine neuen reformpolitischen Impulse geben. Jedes Nachfolgeregime steht vor dem gleichen Dilemma, einen gangbaren Weg zwischen der Öffnung der Wirtschaft für Investitionen und der Kontrolle der Gesellschaft zur Unterdrückung demokratischer Forderungen finden zu müssen. Dabei kann sich das jeweilige Regime drittens auf ein Heer von Geheimpolizisten und Spitzeln stützen, die nach wie vor großes Interesse am Erhalt des Systems haben. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Transformationsstaaten oder der späten DDR scheinen diese staatlichen Unterdrückungsmechanismen in Nordkorea weiterhin voll einsatzfähig.¹⁴⁰

Außenpolitisch kann die nordkoreanische Regierung auf die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft bauen. Keiner der umliegenden Staaten, inklusive Südkorea, hat derzeit Interesse an einer abrupten Veränderung des Status-quo. Die

¹⁴⁰ Vgl. zur Menschenrechtssituation in Nordkorea: Choi, S. C. 1997.

Vermeidung der beiden "Hard-Landing-Szenarien" steht im Vordergrund der Koreapolitiken Chinas, Japans und der USA.

Aus amerikanischer Sicht befindet sich Nordkorea in einer tiefen strukturellen Krise, deren Folgen es nur mit internationaler Hilfe lindern kann. Insofern ist Nordkorea einem defekten Flugzeug vergleichbar, dem eine möglichst "sanfte Notlandung" ermöglicht werden muß. Die Clinton-Administration orientiert sich bei ihren Hilfsmaßnahmen bisher an einem strikten "Reziprozitätsgebot", d. h. Hilfsmaßnahmen werden vom Wohlverhalten Nordkoreas, insbesondere im Nuklearbereich, abhängig gemacht. Wie in der Frage der Nahrungsmittelhilfe oder dem Austausch diplomatischer Vertretungen deutlich geworden ist, wirkt dies unmittelbare Probleme mit dem Verbündeten Südkorea auf.¹⁴¹

Aus Sicht der neuen südkoreanischen Regierung führen Hilfsmaßnahmen tendenziell zu einer Stabilisierung des Regimes und damit zu einer Verzögerung des Vereinigungsprozesses. Dies wird derzeit begrüßt, gleichwohl sind die südkoreanischen Ressourcen zur Systemstabilisierung des Nordens begrenzt (Park, J. 1998). Die Haltung der südkoreanischen Bevölkerung zur Wiedervereinigung ist vielschichtig und ambivalent. In der älteren Generation wird mit Wehmut der Besitztümer und Verwandten im Norden gedacht. Gleichzeitig sind jedoch die Erlebnisse des Koreakrieges in dieser Generation noch sehr lebendig. In der jüngeren Generation, besonders unter Studierenden, wird die Wiedervereinigung mit dem Norden offen propagiert, oftmals um dieses nationale Thema zur Ertrötung politischer Freiheiten zu nutzen. Schließlich findet sich in der wachsenden Mittelklasse des Landes die Ansicht, daß eine Wiedervereinigung zwar wünschenswert, jedoch in näherer Zukunft aufgrund der exorbitanten Kosten nicht anzustreben sei.¹⁴²

Aus chinesischer Sicht erscheint eine Annäherung zwischen Washington und Pjöngjang weniger problematisch. Die Führung in Peking ist an der Vermeidung eines "Hard-Landing" ebenso interessiert wie die in Washington. Wie die chinesische Haltung auf dem Höhepunkt der Nuklearkrise im Juni 1994 zeigt, möchte Peking die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel festschreiben. Darüberhinaus verdeutlicht die kooperative Position in der Hwang-Affäre und im Rahmen der Vierer-Gespräche, daß Peking eine konstruktive Politik gegenüber Seoul sucht, ohne dabei die nordkoreanische Führung öffentlich zu brüskieren.¹⁴³ Die jüngsten Kontakte zwischen Peking und Tokio sowie der Staatsbesuch Jiang Zemin in den USA weisen

¹⁴¹ Vgl. hierzu die Aussagen führender Mitglieder der Clinton-Administration in der Kongreßanhörung: „Engaging the Hermit Kingdom: U.S. Policy Toward North Korea“.

¹⁴² Vgl. Mary Jordan, „South Begins to Weigh The Cost of One Korea“, in: International Herald Tribune, 05.03. 1997; Frank Ching, „Seoul Fears Collaps of North“, in Far Eastern Economic Review, 08.05. 1997, S. 31; Anne Scheppen, „Wiedervereinigung in weiter Ferne“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.08. 1997; Kemmerling 1996: 71; Han 1997: 68.

¹⁴³ Vgl. „Jiang Urges Koreas To Negotiate Reunification“, in: International Herald Tribune, 30.01. 1997.

zudem daraufhin, daß China eine (militärische) Rolle der USA in Asien auch nach einer koreanischen Vereinigung nicht grundsätzlich ablehnt.¹⁴⁴ Insofern begrüßt Peking das Engagement Japans und der USA bei der Stabilisierung Nordkoreas, da es den chinesischen Anteil bei der Abfederung Nordkoreas reduziert und somit mehr Spielraum für die Gestaltung der chinesischen Innenpolitik läßt.

Japan teilt das amerikanische und chinesische Interesse an einer stabilen denuklearisierten koreanischen Halbinsel. Es ist aktives Mitglied der KEDO. Eine umfangreiche japanische Nahrungsmittelhilfe für Nordkorea ist seit 1995 aufgrund innenpolitischer Erwägungen ausgeblieben. Der Japan-Besuch mehrerer gebürtiger Japanerinnen aus Nordkorea Anfang November 1997 sowie die jüngsten Kontakte auf Parteiebene dürften jedoch den stagnierenden Normalisierungsprozeß zwischen Pjöngjang und Tokio wieder in Gang gesetzt haben.¹⁴⁵ Ebenso wie die russische Führung hat die japanische Regierung trotz des Ausschlusses von den Vier-Parteien-Gesprächen ein Interesse an der Beilegung des Koreakonfliktes.

Vor dem Hintergrund dieser sowohl konvergierenden als auch divergierenden Interessenkonstellation der beteiligten Staaten erscheint ein rascher Durchbruch bei den innerkoreanischen Gesprächen ebenso unwahrscheinlich wie ein rascher Zusammenbruch des nordkoreanischen Regimes. Verschlechtert sich die wirtschaftliche und politische Situation in Nordkorea weiter, so ist mittelfristig in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren ein Militärputsch nicht auszuschließen. Eine solche Entwicklung wird jedoch nichts an dem grundsätzlichen Dilemma zwischen Öffnung und Stabilisierung eines nicht-demokratischen Regimes verändern. Für die umliegenden Staaten wird auch eine militärische Entwicklungsdiktatur nach südkoreanischem oder lateinamerikanischem Vorbild kein leichter Verhandlungspartner sein.

Die Politik Südkoreas, der USA und Japans unter Beteiligung Chinas sollte deshalb zunächst darauf ausgerichtet sein, ein "Hard-landing" des Nordens durch konditionierte Hilfe und militärische Abschreckung zu vermeiden. Konditionierte Wirtschaftshilfe für Nordkorea, jenseits humanitärer Nahrungsmittelhilfe, muß aufgrund der komplexen Konfliktstruktur zwischen den umliegenden Staaten koordiniert werden. In der Vergangenheit hat Pjöngjangs

¹⁴⁴ In einer Pressekonferenz zum Nordost-asiatischen Gipfel in Kuala Lumpur am 15./16. Dezember 1997 sagte der chinesische Außenamtssprecher Tang Guaqing zwar, daß das Niveau der amerikanischen Truppen in Asien ein Überbleibsel des Kalten Krieges sei. Dieser sei deshalb nach und nach durch Konsultationen zu reduzieren. Von einem vollständigen Abzug sprach Tang allerdings nicht, vgl. „China's Jiang To Attend East Asian Summit“, Kyodo News Agency, Beijing, 12/02/97, zitiert in NAPSNET Daily Report, 04.12. 1997, S. 4.

¹⁴⁵ Vgl. "S. Korea To Ship \$1.2 M Of Construction Equipment to N. Korea", in: AP Dow-Jones News Service, 17.11. 1997; "Japanese Parties Urge Renewed Food Aid To NK", in: Chosun Ilbo, 17.11. 1997 zitiert nach NAPSNET Daily Report, 17.11. 1997, S. 2-3.

Verhandlungstaktik, im Sinne von "Food for Meetings", immer wieder die unterschiedlichen Perzeptionen und Interessen der Verbündeten in Seoul - Tokio - Washington aufgedeckt. Um ein Auseinanderdriften der Koreapolitiken dieser Staaten zu vermeiden, sollten die Regierungen, wie im Bereich der Nuklearpolitik, institutionalisierte Formen der multilateralen Nordkoreahilfe finden (Shin 1997). Nur so kann die notwendige innen- und außenpolitische Legitimität für umfangreiche Transferzahlungen in demokratischen Gesellschaften erzeugt werden, die nötig ist, um ein "langsames Abschmelzen" des nordkoreanischen Regimes zu ermöglichen und eine gewaltsame Entwicklung zu vermeiden.

6. Literatur

- Ahn, Byung-joon** (1997): North Korean Envoy's Defection, in: Chosun Ilbo, 03.09. 1997
abgedruckt in: Korea Focus 5(1997) 5, S. 111-113
- Artus, Patrick** (1998): Diverging Ills - Diverging Remedies, in: Internationale Politik und
Gesellschaft (1998) 2, S. 205-209
- Asia Society** (Ed.) (1997): The 1997 Korean Presidential Elections, New York, November
1997, in: http://www.asiasociety.org/publications/update_elections.html geladen am
08.12. 1997
- Bradshaw, Bill/Sung-Han Kim** (1997): Summary of Discussion: Crisis Management on the
Korean Peninsula, in: IFANS (1997): S. 89-113
- Bredow, Wilfried von et al.** (1997): North Korea between Isolation, Dissociation and
Integration, in: Korean Journal of National Unification 6(1997), S. 101-150
- Choi, Jang-Jip** (1998): Korea's Political Economy: Search for a Solution, in: Korea Focus
6(1998) 2, S. 1-20
- Choi, Sang-Yong** (Ed.) (1997): Democracy in Korea. Its Ideals and Realities, Seoul: Korean
Political Science Association
- Choi, Sung-Chul** (1997): Understanding Human Rights in North Korea, Seoul: The Institute
of Unification Policy, Hanyang University
- Chung, Chin-Wee/Seoksoo Lee** (1997): Kim Jong Il Regime and the Structure of Crisis: Ist
Source, Management and Manifestation", Paper presented to the Conference
"Unraveling Regime Dynamics in North Korea: Contending Perspectives and
Comparative Implications" organized by the Institute for Korean Unification Studies,
Yonsei, University and the Research Institute for North Korean Affairs, Seoul , 20
August 1997,
- Cossa, Ralph** (1998): New ROK President Kim Dae-Jung: Can the Momentum Be
Maintained? (PACNET Newsletter No. 9), Hawaii: Pacific Forum CSIS
- Cossa, Ralph** (1997): Monitoring the Agreed Framework: A Third Anniversary 'Report Card'
(PACNET Newsletter No. 43), Hawaii: Pacific Forum CSIS
- Cossa, Ralph** (1997a): Four-Party Talks to Begin: Now What Do We Do? (PACNET
Newsletter No. 47), Hawaii: Pacific Forum CSIS
- Cotton, James** (1998): Defection of North Korea's ideologist a sign of regime crisis, in:
Pacific Review 11(1998)1, S. 107-118
- Czempiel, Ernst-Otto** (1996): Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (immer
noch) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3(1996) 1, S. 79-101
- Eberstadt, Nicholas** (1997): The DPRK As An Ecoinomy Under Multiple Stresses: Analogies
and Lessons from Past and recent Experience, in: Korean Journal of National Unification
6(1997), S. 151-190
- Economist Intelligence Unit** (1997): Country Report: South Korea / North Korea, 1st
Quarter 1997, London: Economist Intelligence Unit

- Ehrke, Michael** (1998): Needed: Domestic Modernization and Asian Currency System, in: Internationale Politik und Gesellschaft (1998) 2, S. 213-216
- „Engaging the Hermit Kingdom: U.S. Policy Toward North Korea“, Hearing before the Subcommittee on Asia and the Pacific of the Committee on International Relations, US HOR, 105th Congr., February 26, 1997, Washington DC: US GPO
- Feng, Zhongping** (1997): What Will be the Roles of the Major Powers for Promoting Peace on the Korean Peninsula Towards the 21st Century?: A China's Perspective, in: Nam/Koo, S. 133-144
- Frank, Rüdiger** (1997): Die unendliche Geschichte. Südkorea vor der Präsidentenwahl 1997, in: KoreaForum 7(1997) 2, S. 12-16
- Hahn, Chaibong** (1997): An Election Without Issue, in: Asia Society 1997, S. 1-14
- Han, Sung-Joo** (1997): South Korea: Politics in Transition, in: Choi, Sang-Yong (1997), S. 21-70
- Henseleit, Rainer** (1998): Südkorea: Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1997, in: Köllner 1997, S. 94-115
- Institute for Foreign Affairs and National Security, IFANS** (Ed.) (1997): Crisis Management on the Korean Peninsula- Korea-U.S. Responses, Seoul: IFANS
- International Labor Organization (ILO)** (1998): The Social Impact of the Asian Financial Crisis: Technical report for discussion at the High-Level Tripartite Meeting on Social responses to the Financial Crisis in East and South-East Asian Countries, Bangkok, 22-24, 1998, in: URL <http://www.ilo.org.public.english...mpfor/cdart/bangkok.htm> geladen am 02.05. 1998
- International Monetary Fund** (1997): Korea. Request for Stand-by Arrangement, Prepared by the Asia and Pacific Department, December 3, 1997 (strictly confidential), veröffentlicht in: URL <http://www.chosun.com/feature/imfscan> geladen am 30.04. 1998
- Jordan, Amos A./Jae H. Ku** (1998): Coping With North Korea, in: Washington Quarterly 21(1998) 1, S. 33-46
- Kang, Won-taek** (1998): Ideology and Voting Behavior in the 1997 Presidential Election, in: Korea Focus 6(1998) 2, S. 21-34
- Kemmerling, Guido** (1996): Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik, in: Köllner (1996), S. 70-95
- Kihl, Young Whan** (1997): North Korea's Political Problem (NAPSNET Policy Forum Online, Special Report No. 12), in: http://www.nautilusorg.napsnet/fora12a._Kihl.html
- Kim, Ki-hwan** (1997): North Korea at the Critical Crossroads, in: Korea Focus 5(1997) 3, S. 1-14
- Kim, Sung-Chull** (1997): North Korea's Political System in Time of Crisis, in: Korea Focus 5(1997) 5, S. 4-14
- Kim, WheeGook** (1998): Response to Chung-In Moon and Jongryn Mo (NapsNet Policy Forum, No. 15), in: in: URL: <http://www.nautilus.org> geladen am: 19.03. 1998
- Kim, WheeGook** (1996): Problems and Remedies of North Korean Economy: A Strategic Approach, in: Korean Journal of Defense Analysis 8(1996) 2, S. 223-268

- KINU, Korea Research Institute for Unification Strategy** (o.J., 1997): An Analysis of the Food Situation in North Korea, Seoul: KINU
- Koh, Byung-Chul** (1997): South Korea in 1996: Internal Strains and External Challenges, in: Asian Survey 37(1997) 1, S. 1-9
- Köllner, Patrick** (1997): Korea 1997. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg, Institut für Asienkunde
- Köllner, Patrick** (Hg.) (1996): Korea 1996. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Kwak, Tae-Hwan/Seung-Ho Joo** (1997): Inter-Korean Bilateral Agenda, in: Pacific Focus 12(1997) 1, S. 5-24
- Lee, Young-Sun** (1997): The Kim Il Jung Regime and Economic Reform: Myth and Reality, Paper presented to the Conference "Unraveling Regime Dynamics in North Korea: Contending Perspectives and Comparative Implications" organized by the Institute for Korean Unification Studies, Yonsei University and the Research Institute for North Korean Affairs, Seoul , 20 August 1997
- Lho, Kyongsoo** (1997): 1997 Presidential Elections in Korea: Issues & Prospects, in: PacNet 47(12.12. 1997), Honolulu: Pacific Forum CSIS
- Machetzki, Rüdiger** (1998): Krise(n) in Asien. Ein Resümee (Sonderveröffentlichung aus Anlaß der 7. Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft, 27.-29. April 1998 in Beijing), Hamburg: Deutsches Übersee-Institut
- Martins, Luciano** (1986): The Liberalization of Authoritarian Rule in Brazil, in Guillermo O'Donnell et al (Eds.) (1986): Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy, Baltimore: Johns Hopkins UP
- Mauß, Hanns W.** (1996): Innenpolitische Umbrüche und weltpolitische Spannungen auf der koreanischen Halbinsel, in: Die Internationale Politik (1993/94), S. 268-278
- May, Bernhard** (1997): Ende des asiatischen Jahrhunderts? Auswirkungen der Asienkrise, in: Internationale Politik 52(1997) 12, S. 74-80
- Mayer, Peter** (1997): Südkorea in der Wirtschaftskrise. Zur Situation am Ende des Jahres 1997, in: KoreaForum 7(1997) 2, S. 1-3
- Möller, Kay** (1996): China and Korea: The Godfather, Part Three, in: Journal of NorthEast Asian Studies 15(1996) 4, S. 35-48
- Möller, Kay** (1995): Die Zukunft des Koreanischen Waffenstillstandsregimes (SWP-KA 2916), Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik
- Moon, Chung-In** (1998): Government-Business Relations in the Democratic Era, Seoul: Orum Pr. (Koreanisch)
- Moon, Chung-In/Mo Jongryn** (Eds.) (1998): Democratization and Globalization in Korea: Assessments and Prospects, Seoul: Yonsei UP
- Moon, Chung-In/Mo Jongryn** (1998a): Democracy and the Korean Economic Crisis (NapsNet Policy Forum, No. 15), in: URL: <http://www.nautilus.org> geladen am: 19.03. 1998

- Müller, Uwe** (1996): Einschätzung der Lage in der Demokratischen Volksrepublik Korea, in: Patrick Köllner (Hg.) (1996): Korea 1996. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 198-215
- Nam, Sung-woo/Koo, Bon-hak** (Eds.) (1997): The Korean Peninsula. Prospects for Peace and Reunification (Seventh KIDA International Defense Conference), Seoul: Korean Institute for Defense Analysis,
- Niksich, Larry** (1996): "U.S. Policies Toward the Two Koreas", Paper presented for the 1996 Conference of the International Council on Korean Studies, November 15-17, 1996, Arlington, Pentagon City
- Noland, Marcus** (1997): Why North Korea Will Muddle Through", in: Foreign Affairs 76(1997) 4, S. 105-118
- Oh, Seung -Yul** (1996): Assessment of the North Korean Economy, in: Tae Hwan Ok/Gerrit W. Gong (Eds.) (1996): Change and Challenge on the Korean Peninsula: Past Present, and Future, Seoul: The Research Institute for National Unification
- Park, Jin** (1998): Inter-Korean Economic Relations in the IMF Era, in: Korea Focus 6(1998) 2, S. 66-80
- Park, Kyung-Ae** (1997): Explaining North Korea's Negotiated Cooperation With the U.S., in: Asian Survey 37(1997) 7, S. 623-636
- Park, Tong-Whan** (1998): South Korea in 1997, in: Asian Survey 38(1998) 1, S. 1-10
- Picht, Helga** (1997): Die politische Führung Nordkoreas, in: Koreaforum 7(1997) 1, S. 11-15
- Pohl, Manfred** (1997): Die südkoreanische Innenpolitik: Schwerpunkte und Tendenzen, in: Köllner (1997) S. 19-40
- Pohl, Manfred** (1996): Nordkoreas Wirtschaft 1995: Überblick, in: Köllner (1996) S. 232-243
- Radelet, Steven/Jeffry Sachs** (1997): Asia's Reemergence, in: Foreign Affairs 76(1997) 6, S. 44-59
- Satterwhite, David H.** (1998): North Korea in 1997: New Opportunities in a Time of Crisis, in: Asian Survey 38(1998) 1, S. 11-23
- Satterwhite, David H.** (1997): North Korea in 1996: Belligerence Subsiding, Hunger Worsens, in: Asian Survey 37(1997) 1, S. 10-19
- Scalapino, Robert A.** (1997): Foreign Policy For A New Administration, in: Asia Society 1997, S. 14-24
- Schmidt, Manfred G.** (1997): Demokratietheorien, 2. Aufl., Opladen: Leske & Budrich
- Schulmeister, Stephan** (1998): Reform the International Monetary System!, in: International Politik und Gesellschaft (1998) 2, S. 209-213
- Shin, Dong-Ik** (1997): Multilateral CBMs on the Korean Peninsula: making virtue out of necessity, in: Pacific Review 10(1997) 4, S. 480-503
- Skanderup, Jane** (1997): South Koreans elect Kim Dae-jung President, in: PacNet 50(19.12. 1997), Honolulu, Pacific Forum CSIS
- Smith, Hazel** (1997): Defecting to Snatch Victory from Defeat, in: World Today, March 1997, S. 64-66

- Umbach, Frank** (1998): Aufrüstung in Ostasien, in: Internationale Politik 53(1998) 5, S. 1-6
- Umbach, Frank** (1998a): Übersicht zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Rüstungsaufwuchs in der asiatische-pazifischen Region, Bonn: DGAP (mimeo)
- US Department of Defense** (1997): Proliferation: Threat and Response, Washington DC. 25.11. 1997, in: <http://www.defenselink.mil/pubs/prolif97/index.html> (zitiert nach NAPSNET Special Report, November 26, 1997)
- Van Hippel, David/Peter Hayes** (1996): Engaging North Korea on Energy Efficiency, in: Korean Journal of Defense Analysis 8(1996) 2, S. 177-221
- Yoon, Jin-jo** (1998): IMF Regime and the Unemployment Crisis, in: Korea Focus 6(1998) 2, S. 35-51